

# ***Schröder, Chirac: Re- Nationalisierung der Politik?***

---

***Was steht hinter den moralischen Geltungsansprüchen  
der Außenpolitik von Schröder und Chirac?***

***Fritz W. Peter***

**1. Anspruchshaltung – und Wirklichkeit**

- *Profane Aspekte der Irak-Politik*
- *Banale, aber wertvolle Einsicht*
- *Moral oder Doppelmoral?*

**2. Beispiel Frankreich**

- *Nicht nur Israel, auch andere Staaten ...*
- *Beispiel Deutschland*

**3. Bilanz der letzten Jahre**

- *Doppelte Standards*

**4. Rotgrüne Weitsicht oder Realitätsferne?**

- *Kein Zeichen strategischer politischer Kultur*

**5. Mit zwei Zungen ...**

- *Moral zeigt sich erst bei schwierigen Themen*
- *Schließen sich Politik und Wertebezug aus?*

**6. Bilanz rotgrüner Politik**

- *Ellenbogenpolitik*
- *Zusammenfassende Wertung*

---

**7. Anmerkungen**

---

**8. Anhänge:**

1. *Entscheidungsfindung*
2. *Der Regime-Charakter*
3. *Europäische Sicherheitsstrategie*
4. *Innere Reformfähigkeit zweifelhaft*

## **Plädoyer gegen europäische Überheblichkeit**

### **1.) Anspruchshaltung – und Wirklichkeit**

Amerikas „*normative Autorität liegt in Trümmern*“ [\*], urteilte Jürgen Habermas, als die US-Truppen gegen Saddam vorgerückt waren. Was Recht ist, war in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit schnell ausgemacht, und wer gegen internationales Recht verstoße, der stelle sich außerhalb und gegen die Völker- und Wertegemeinschaft – so der moralische Vorwurf, der viele Menschen in Gegnerschaft zur Bush-Regierung einte und den Regierungen in Berlin und Paris als erklärten Widersachern einer entschlossenen US-Politik erhebliche Popularität verschaffte. In Deutschland ließ sich – mit dem Gestus der politischen Moral – sogar eine Wahl zu gewinnen, die doch eigentlich angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation des Landes vorrangig unter Rekurs auf wirtschafts- und reformpolitische Themen hätte entschieden werden müssen.

Habermas sprach in seinem Aufruf „*Unsere Erneuerung – Die Wiedergeburt Europas*“, veröffentlicht am 31.5.03 in der *Frankf. Allgem. Zeitung*, mit viel Pathos (und einem kollektivistischen Zungenschlag) von den „*demonstrierenden Massen [!] in London und Rom, Madrid und Barcelona, Berlin und Paris [...] Die Gleichzeitigkeit dieser überwältigenden Demonstration [...] könnte rückblickend als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen.*“ Jürgen Habermas wird bewusst geworden sein, dass der verbale Donner seines Aufrufs eher akustische als praktische Wirkung zu entfalten vermochte.

Ausgerufen wird hier die „Geburt“ oder „Wiedergeburt“ oder das Projekt eines moralisch verpflichteten Kontinents – ein freilich hoher Anspruch! In moralischer Pose präsentierten sich besonders die Regierungen in Berlin und Paris, wobei nicht ganz eindeutig ist, welche der beiden die jeweils andere mehr oder eher zur Frontstellung gegen Washington animierte. [vgl. u.a. Herbert Kremp: „*Die wahren Antriebe (...) waren die Deutschen.*“ „*Auf dem Abstellgleis*“, in: *Welt am Sonntag*, 27.4.03]

Gegen eine moralisch ambitionierte Politik wird grundsätzlich nichts einzuwenden sein, doch was qualifiziert einzelne europäische Regierungen, als Instanzen der politischen Moral und der Vertrauenswürdigkeit aufzutreten? Wie ist die Wirklichkeit der Außenbilanz ihrer Politik der vergangenen Jahre und zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

---

[\*] Jürgen Habermas: „*Was bedeutet der Denkmalsturz?*“, in: *Frankf. Allgem. Zeitung*, 17.4.03, S. 33

- **Profane Aspekte der Irak-Politik**

Der Irak-Strategie der Bush-Regierung wird unterstellt, dass sie von hegemonialen und Wirtschaftsinteressen (Öl- und Rüstungslobby) bestimmt werde. Waffen- und Ölgeschäfte diktierten aber auch die Beziehungen einiger europäischer Länder mit dem Irak. Am meisten galt dies für Frankreich (vgl. die Ausführungen unter „*Beispiel Frankreich*“). Informierten Beobachtern wird damit nichts Neues mitgeteilt, der cursorische Leser erfährt es jetzt aber sogar auf der Nachrichten-Frontseite der t-online-Website (www.t-online.de, 7.10.04). Unter der Überschrift „*Bestechung mit Öl-Gutscheinen?*“ wird aus dem Bericht des US-Waffeninspektors Charles Duelfer, veröffentlicht am 6.10.04, resümiert. Im Nachrichten-üblichen Wiedergabe-Stil heißt es:

*„Die irakische Regierung unter Ex-Diktator Saddam Hussein soll Politiker vor allem aus Frankreich und Russland bestochen [sowie unerlaubte Ölgeschäfte mit diesen Ländern abgewickelt] haben, um die gegen das Land verhängten UN-Sanktionen zu unterlaufen [... und] weil Frankreich und Russland über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügen. Als Quelle für den schwerwiegenden Vorwurf wird der frühere Saddam-Vize und Außenminister Tarek Asis genannt [der die Geschäfte persönlich zu überwachen hatte]. Asis habe gesagt, dass: ‚beide Seiten wussten, dass [die erlangten Vorteile ... erwidert werden sollten] durch Anstrengungen, die UN-Sanktionen aufzuheben oder durch Widerstand gegen amerikanische Initiativen im Sicherheitsrat.‘“*

Der t-online-Darstellung ist jedoch aufgrund des Telegrammstils dieser Nachrichtenmeldung nicht zu entnehmen, ob nur dubiose Transaktionen und persönliche Verfehlungen oder auch *gezielte, systematische* politische Weichenstellungen etwa auf französischer oder russischer Seite stattgefunden haben – die dann wohl wenig mit staatspolitischer Moral, aber viel mit einträglichen Geschäften um Öl-Dollars, käuflichem politischen Einfluss und ungeniertem Gebrauch der Macht zu tun hätten.

- **Banale, aber wertvolle Einsicht**

Bei kritischer Einstellung fällt es schwer, Europas politische Außenbilanz im Vergleich zur amerikanischen auch nur graduell als die moralisch unbedenklichere anzusehen – ob man nun als Vergleichszeitraum die letzten 5 Jahre, 50 oder 150 Jahre nimmt. Selbst für die jüngste Zeit dürfte dies schwer fallen; denn – um es nur mit einigen Fragen anzudeuten – wie stünde es um den *Balkan* jetzt, wenn nicht unter Führung US-amerikanischer Streitkräfte dort eingegriffen worden wäre; oder wie stünde es um die Bereitschaft der Sudanesischen Regierung, das Morden in *Darfur* – jedenfalls in der bisherigen ungehemmten Form – einzuschränken, wenn nur die UNO „eingegriffen“ hätte (vgl. das Fallbeispiel *Ruanda* – mit 800.000 Toten in wenigen Monaten wegen Nicht-Handelns) oder nur die Europäer Einspruch eingelegt hätten?

Um noch ein drittes Beispiel zu nennen: Wie hätte es je zu landesweiten Wahlen in *Afghanistan* (international überwachten Wahlen, mit guter Beteiligung) kommen können, wenn nicht zuvor durch amerikanisches Eingreifen ein Schlussstrich unter das Steinzeit-Regime der Taliban gesetzt worden wäre?

[Anmerkung: Dass Schröder noch vor Auszählung der Stimmen Präsident Karsai plumpen Zuspruch gab, war freilich dem Wahlverlauf in seiner symbolischen Bedeutung für das Land abträglich. „*Ich bin der Auffassung, dass er es schaffen wird – und zwar in der ersten Runde.*“ Schröders Kommentar verletzte nicht nur grundlegende Spielregeln, sondern platzte auch in die angestrebten Bemühungen der Wahlkampfleitung und ihrer Helfer, der Infragestellung der Wahl durch die Herausforderer Karsais die Grundlage zu nehmen. Unregelmäßigkeiten im Wahlverlauf hatten einen Proteststurm ausgelöst und gefährdeten den Vorgang unmittelbar. So musste alles daran gesetzt werden, dem drohenden Ansehensverlust bzgl. der Aussagekraft und Ernsthaftigkeit der Wahlen entgegen zu treten. Das Verhalten Schröders bewirkte das Gegenteil.]

### • ***Moral oder Doppelmoral?***

Europa tritt gern als *Mahner*, aber weniger als *Macher* hervor, und dort wo es handelnd involviert ist, wird man nicht selten von einer gemischten und z.T. kümmerlichen Bilanz sprechen müssen, die eher *nicht* dazu berechtigt, den moralischen Zeigefinger gegen andere zu heben. Auch gerade in Bezug auf die Länder des arabischen Gürtels war die „Induktionsleistung“ Europas für sowohl die soziale Entwicklung als auch die politische Kultur gering. Grund dafür war u.a. das „doppelte Spiel“ in den Beziehungen mit diesen Ländern.

So waren die dorthin ausgesandten Botschaften oft eher *zweideutig*. In ihren Erklärungen drängten die Europäer die arabische Welt, politische Lösungen anzustreben (z.B. eine „Friedenslösung“ mit Israel zu suchen und zu akzeptieren) und politischen bzw. bürgerlichen Grundrechten mehr Geltung zu verschaffen (sowie dafür die wirtschaftlichen bzw. sozialen Voraussetzungen zu schaffen). Doch wie konsequent, substanziell und verlässlich war diese Haltung? Oft (oder sogar regelmäßig) diktierten andere als die genannten Präferenzen das Handeln – und gutes Einvernehmen wurde meist auch dann erzielt, wenn die begehrten Partner (so die ölreichen, Waffen importierenden Golfstaaten) weder friedliche Absichten verfolgten (s. vorheriges Stichwort „politische Lösungen“), noch demokratische Legitimität besaßen oder auch nur anstrebten (s. vorheriges Stichwort „Grundrechte“).

## **2.) Beispiel Frankreich**

**Ein eklatantes Beispiel lieferte Jaques Chirac. Peinlich dürften dem französischen Präsidenten die Bilder aus den siebziger Jahren sein, als er, damals Premierminister, seinem Gast Saddam Hussein die Atomanlage in Cadarache zeigte. Frankreich lieferte anschließend einen kompletten Atomreaktor, Typ Osiris, mit der der zahlungskräftige irakische Geschäftspartner, wie leicht absehbar war, nicht nur Strom erzeugen wollte. Für Israel bedeuteten die in Saddams Händen entstehenden Möglichkeiten eine Bedrohung der politischen und physischen Existenz – ein nicht hinnehmbares Risiko. Israelische Bom-**

**ber zerstörten den Atommeiler Osirak 1981 vor seiner endgültigen Inbetriebnahme. [Osirak (Osiraq) war die französische Bezeichnung aus Osiris und Irak, die irakische Bezeichnung war Tammuz 1 – eine Bezugnahme auf jenen Monat im arabischen Kalender, in dem sich 1968 die Baath-Partei zur Macht geputscht hatte. Tammuz war auch eine babylonische Gottheit; als Gott des Ackerbaus verkörperte er die Lebenskräfte des Frühjahrs.]**

Vor den Israelis hatten bereits iranische „Phantom“-Jäger den Atomreaktor Tammuz angegriffen. Der Angriff erfolgte gleich zu Beginn des 1. Golfkriegs (zw. Irak und Iran), Sept.1980, war aber nicht erfolgreich. In offizieller Stellungnahme äußerte sich die irakische Nachrichtenagentur dazu wie folgt: „Das iranische Volk sollte den irakischen Nuklearreaktor nicht fürchten, da keine Absicht besteht, ihn gegen den Iran zu verwenden, sondern gegen die zionistische Einheit.“ Mit anderen Worten, Israel war das Ziel. Nach überwiegender Auffassung unter Völkerrechtlern war der israelische Militärschlag dennoch ein Verstoß gegen geltendes Recht (vgl. u.a. Horst Fischer, in: Knut Ipsen, Völkerrecht, 3. Aufl., S. 884/87f.) Angesichts der Motive und Taten Saddams erscheint der Angriff andererseits als notwendige, gebotene Gegenwehr und insofern als berechtigt. Ein Völkerrecht, das einseitig nur die Gefahren präemptiver militärischer Schläge, nicht jedoch die Gefahren des Unterlassens derartiger Maßnahmen (extreme Situationen vorausgesetzt) in den Blick nimmt, verfehlt die Lebenswirklichkeit. Entsprechende Rechtsauffassungen können kaum als Beitrag zu einer rationalen Sicherheitspolitik dienen. „Internationales Recht ist kein Pakt für nationalen Suizid,“ urteilt Louis Rene Beres, hier zitiert als ein Vertreter der Mindermeinung in der völkerrechtlichen Beurteilung. In: „In Support of Anticipatory Self-Defense: Israel, Osiraq, and International Law“ (abrufbar unter [http://freeman.io.com/m\\_online/jun97/beres1.htm](http://freeman.io.com/m_online/jun97/beres1.htm)).

- **Nicht nur Israel, auch andere Staaten ...**

Nicht nur Israel, auch andere Staaten der Region waren durch das Hegemoniestreben Saddams unter ständiger Bedrohung. Den Beweis hierfür hat das Regime in Bagdad durch seine Kriege und sein gesamtes Verhalten selbst erbracht. Die Rücksichtslosigkeit der Kriegsführung (so wurden mehrere zehntausend Iraner durch Gasangriffe getötet) und die nicht geringere Skrupellosigkeit, mit der die irakische Wirtschaft und Gesellschaft für die ausschließlich machtpolitischen Zwecke des Regimes vereinnahmt und dabei ausgezehrt wurden, bezeugen den Charakter des Systems. Wäre es Saddam gelungen, die geplanten Nuklearkapazitäten aufzubauen (sie wurden – in einem der ölreichsten Länder dieser Welt – letztlich nicht aus energiewirtschaftlichen Gründen geplant, zumal für ein wirtschaftliches Entwicklungsland andere Prioritäten als die Nukleartechnologie zählten), so hätten die Bedrohungsszenarien für die Region und die Welt insgesamt völlig andere Dimensionen angenommen. Dem „chirurgisch“ geführten, präemptiven Eingriff der Israelis (ohne Verlust von Menschenleben sowie zum letztmöglichen Zeitpunkt vor Inbetriebnahme der Anlage, d.h. ohne Verstrahlungsrisiko) war es zu verdanken, dass eine äußerst wahrscheinliche fatale Entwicklung nicht ihren Lauf nahm. Völkerrechtliche Argumentation, wie sie zahlreich vorgetragen wurde, die entsprechende Entscheidungslagen unzureichend würdigt, bringt das Völkerrechtsanliegen selbst unter Ideologieverdacht.

[*Einzelheiten und Hintergründe* des französischen Irak-Geschäfts schildert u. a. William Shawcross, in: *The Allies*, London. Festgehalten ist dort auch eine Aussage Saddams (damals abgedruckt in einer irakischen Zeitschrift), derzufolge die Zusammenarbeit mit Frankreich unabdingbar war, um „*die arabisches Atombombe zu bauen*“ (s. auch die Buchbesprechung von Jeffrey Gedmin, betitelt: „*Dieser Krieg war gerecht*“ in: *Die Welt*, 31.1.04)]

Es wird hier nicht unterstellt, dass die französische Politik vorsätzlich anti-israelisch war, sie nahm allerdings entsprechende Wirkungen billigend in Kauf. Parallel zum Atomgeschäft wurden milliardenschwere Rüstungsgeschäfte mit Bagdad getätigt (15 Mrd. Franc). Im Gegenzug stieg der Irak nach Recherchen des Nachrichtenmagazins *L'Express* zum zweitwichtigsten Öllieferanten Frankreichs auf. In den neunziger Jahren, d.h. während der gegen den Irak verhängten UN-Sanktionen, versuchte man erneut, ein lukratives (und wiederum dubioses) Geschäft aufzuziehen – mittels der in diesen Jahren geheim ausgehandelten Verträge der staatseigenen französischen Öl-Multis *Total* und *Elf Aquitaine* (mittlerweile fusioniert zu *TotalFinaElf*). Die französische Seite versprach sich Geschäfte in der Größenordnung von 100 Mrd. Dollar. Voraussetzung war freilich, dass der Vertragspartner, das Saddam-Regime, fortbesteht. Die seinerzeit geschlossenen Verträge sahen ganz unüblich günstige Konditionen für den französischen Partner vor. Dafür wurde von irakischer Seite erwartet, dass sich Frankreich für die Aufhebung der UN-Sanktionen einsetzt. Kenneth R. Timmerman belegt diese Angaben (auch anhand der ihm vorliegenden Vertragstexte) in seinem Buch: „*The French Betrayal of America*“. In einem Artikel: „*The French War for Oil*“ in: *New York Post*, 16.3.04, fasst er wesentliche Aussagen des Buches zusammen. Als weitere, aktuellste und wohl auch informierteste Quelle kann der oben erwähnte Bericht Charles Duelfers herangezogen werden (u.a. unter <http://news.findlaw.com/hdocs/docs/iraq/dciwmd93004kf.pdf>). Duelfer legte den Bericht als Beauftragter des US-Geheimdienstleiters vor (Special Advisor to the Director of Central Intelligence on Iraq's Weapons of Mass Destruction).

Die eingangs erwähnte t-online-Meldung ordnet sich in dieses Bild nahtlos ein: Es habe Bestechung im Umfeld von Staatspräsident Chirac gegeben wie auch schon bei dessen Vorgänger Mitterrand. „*So habe die französische sozialistische Partei [damalige Regierungspartei und Partei Mitterrands] 1988 [dem Jahr, als Saddam durch Giftgas-Angriffe einen Genozid an der kurdisch-irakischen Bevölkerung verübte] eine Million Dollar erhalten. [...] Bis Juni 2000 habe Frankreich im Rahmen [des Programms] ‚Öl für Lebensmittel‘ Verträge im Wert von 1,78 Milliarden Dollar erhalten, 15 Prozent aller unter dem Programm geschlossenen Kontrakte. [...] Mit den Einnahmen aus den Exporten sollte das Land eigentlich Medikamente und Lebensmittel kaufen, um die Lage der Bevölkerung zu verbessern.*“

[vgl. die weitergehenden Hinweise in: *Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?*, Teil 1, April 2004, insbes. Kapitel 4, „*Anwendungsfall der Genozid-Konvention?*“, mit eingehender Bezugnahme auf die UN-Berichte zur Situation im Irak in der Zeit Saddams, einschließl. Hinweisen auf Auswirkungen und Mißbrauch des „*food-for-oil*“-Programms, ferner die ergänzenden Literaturhinweise in Kapitel 6, S. 26 unten; der Text ist auf der Website der Hilfsorganisation WADI e.V. eingestellt: [www.wadinet.de/news](http://www.wadinet.de/news) (oder) [www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage\\_Irak\\_Teil-1.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-1.pdf) ]

Mit Blick auf die Nachrichtenquelle (t-online) könnte gesagt werden: „Die Spatzen pfeifen es von den Dächern“ – nämlich das „Straßenlied“ von einer Politik, die vorgibt, Sachwalterin besonderer Moralität zu sein, jedoch offensichtlich von anderen Motiven bestimmt ist.

### • **Beispiel Deutschland**

Unrühmliches Verhalten war nicht auf Frankreich beschränkt. Allein zwischen 1982 und 1986 erhielt der Irak aus der Bundesrepublik Waffen im Gegenwert von 2 Mrd. DM und war damit viertgrößter Importeur bundesdeutscher Rüstungsgüter. Gemäß damaliger Expertenschätzungen hatten ca. 170 Unternehmen unter Umgehung des Außenwirtschaftsgesetzes Rüstungsgüter oder Know-how nach Irak geliefert. Nur gegen 25 Firmen wurde staatsanwaltlich ermittelt, und nur wenige Fälle wurden der Öffentlichkeit bekannt. *„Deutsche Unternehmen waren direkt am Aufbau der chemischen und biologischen Anlagen im Irak beteiligt“*, so Raymond A. Zilinskas, Direktor des Chemical and Biological Weapons Nonproliferation Program am Center for Nonproliferation Studies des Monterey Institute of International Studies. Zu erinnern ist daran, dass Saddam Giftgas außer im ersten Golfkrieg auch gegen die eigene Bevölkerung (ab 1987 gegen Kurdendörfer, 1988 gegen die Bevölkerung der Stadt Halabscha – mit tausenden qualvoll verätzter und umgebrachter Menschen) eingesetzt hat. Eine – z.T. – vernehmlich protestierende internationale Öffentlichkeit konnte den Adressaten in Bagdad nicht beeindruckt. Dessen Strategie richtete sich derzeit schon auf ein Gebiet, das er als eine Provinz des Irak ansah und für das er rechtmäßige Herrschaftsansprüche geltend machte (so seine Sicht), den Nachbarstaat Kuwait.

Der Teheraner Stadtrat legte im April (2004) fest, dass vor der deutschen Botschaft eine Gedenktafel angebracht wird, mit der an die deutschen Chemiewaffenlieferungen an das Saddam-Regime erinnert wird. Deutschland gilt den Iranern als eins der zentralen Lieferländer für das irakische Chemiewaffenprogramm, das die schweren Giftgaseinsätze gegen iranische Truppen im 1. Golfkrieg ermöglichte. Die amtliche iranische Nachrichtenagentur zitiert den Stadtratsvorsitzenden Mehdi Chamran mit den Worten: *„Jeder Iraner und jeder Offizielle im Land sieht Deutschland als Mitschuldigen für Saddams kriminelle Taten ...“*. Der Stadtrat beschloss auch, eine zweite Gedenktafel gleichen Inhalts an einem Sanatorium für Kriegsoffer der damaligen Giftgasangriffe anzubringen. Auslöser der Aktion auf iranischer Seite war, dass zum Gedenken an den Mord an vier iranischen Dissidenten (sie gehörten dem kurdischen Bevölkerungsteil an) vor dem Mykonos Restaurant 1992 in Berlin-Charlottenburg eine Tafel mit dem Hinweis auf die Verwicklung des Irans in diesen Anschlag (gemäß gerichtlicher Urteilsfindung) angebracht worden war [vgl. Agentur Reuters *„Tehran escalates war of plaques with Berlin“* (v. 22.4.04), Deutsche Welle *„Germany and Iran Embroiled in Diplomatic Spat“* (v. 28.4.04)]

### **3.) Bilanz der letzten Jahre**

**Mit drei Hinweisen soll abschließend auf ein selbstkritisches Urteil hingewirkt werden, wenn im Politikvergleich, noch dazu in moralischer Perspektive, der eigenen Seite die überlegene Haltung zugesprochen wird. Hinweis 1 betrifft den Militärschlag der NATO gegen Serbien und die Positionierung von Außenminister Fischer im innerparteilichen Klärungsprozess. Hinweis 2 gilt der Entwicklung in Afghanistan, Hinweis 3 nimmt Bezug auf Aspekte des Irak- und des Tschetschenien-Konflikts.**

In der Frage des NATO-Einsatzes gegen Milosevic hatte Fischer der Regierungsposition gegen die eigene Basis Nachdruck verschaffen müssen. Wegen des Grundsatzstreits in dieser Frage an der Grünen-Basis war ein Parteitag mit einer bindenden Beschlussfassung verlangt worden. Von den Delegierten forderte Fischer damals ein Votum, das geeignet war, die politischen Bedingungen zu schaffen für seine Außenministertätigkeit und die Koalitionszusammenarbeit. Indirekt hatte er demnach seinen Rücktritt angedroht.

Zur Begründung seines Standpunkts, dass der Nato-Einsatz – für den es kein Mandat der Vereinten Nationen gab – in vollem Umfang erforderlich sei, verwies er auf Parallelen der serbischen Kriegsstrategie zu den Verbrechen der Nazizeit. „Nie wieder Auschwitz“, lautete seine Begründung dafür, dass der Grundsatz „Nie wieder Krieg“ im vorliegenden Fall einzuschränken sei. Bewusst übernahm er das Vokabular der Nazis zur Kennzeichnung der Kriegsziele und Handlungsweisen aufseiten von Milosevic. So warf er diesem z.B. „völkische“ Vertreibungspolitik vor.

[Anmerkung: Dass der Inbegriff des Nazi-Terrors – Auschwitz – und andere Parallelverweise erhalten sollten oder mussten, um das Gefühl und Gewissen der grünen Delegierten aufzurütteln und die Stimmabgabe im Sinne der Regierungsposition zu beeinflussen, erscheint nicht völlig plausibel. Für einen fühlenden und denkenden Menschen sollte es genügen, wenn von „Vertreibungspolitik“ oder „systematischer Vertreibungspolitik“, „Massenerschießungen“, „Massengräbern“ etc. gesprochen wird. Nicht nur muss berücksichtigt werden, dass politische Argumentation auf der Ebene des „moralischen Overkill“ auf Dauer eine abstumpfende Wirkung hat, stets ist auch zu prüfen, ob Vergleiche nicht scheitern müssen am Charakter, dem Bedeutungsgehalt, der Ausprägtheit oder Einmaligkeit der zitierten Vergleichsereignisse.]

Der NATO-Führungsmacht USA, ohne die es kein militärisches Vorgehen gegen Milosevic gegeben hätte (zumal sich Russland widersetzte), ist es also zu verdanken, dass „völkischer“ Vertreibung bzw. „ethnischer Säuberung“ auf dem Balkan nicht noch länger das Feld überlassen wurde. Fischers auf-rüttelnder Appell an die Parteitagsdelegierten wäre ein folgenloses Spiel mit Worten geblieben, wenn nicht die politische Führung und militärische Einsatzstärke Amerikas der Argumentation „Zähne“ verliehen hätte. Europa, das viel direkter als der transatlantische Partner vom Geschehen auf dem Balkan betroffen war, trug in der gefährlichsten Phase der Auseinandersetzung zum Erfolg zwar bei, jedoch,

wie selbstkritisch eingeräumt werden sollte, in der „zweiten Reihe“. Um dies als Lerngewinn zu nutzen, sollte die Erfahrung auch in aller Deutlichkeit und Öffentlichkeit eingeräumt werden.

Hinweis 2: In Afghanistan ist es dank des amerikanischen Einmarsches heute möglich, dass, wie erwähnt, Wahlen landesweit unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden können, Aufbauarbeit zumindest in Teilen des Landes geleistet wird und – vor allem – ein Schreckensregime entmacht ist. Deutschland ist es – gleichsam widerstrebend – zugefallen, einen nicht unbedeutenden Entwicklungsbeitrag leisten zu können und dabei im Übrigen eine Vertrauensbeziehung wieder aufleben zu lassen, die aus länger zurückliegender Zeit mit dem Land am Hindukusch bestand. Für Afghanistan hat sich eine *Chance (kein Selbstläufer)* zu allmählicher weiterer Entwicklung ergeben und damit zur Durchbrechung eines Teufelskreises aus Verelendung, Staatszerfall, weiterer Destabilisierung der Gesamtregion und der Bildung ausgreifender terroristischer Strukturen. Deutschen Einsatzkräften ist es also *ermöglicht worden*, zur Entwicklung einerseits und zur Sicherheitslage andererseits beizutragen – dies auf dem Hintergrund einer Politik *Washingtons*, der es an Entschlusskraft nicht fehlte!

### • **Doppelte Standards**

Der dritte Hinweis bezieht sich auf Aspekte mit direktem oder indirektem Bezug zum Irak-Konflikt. In einer Zwischenbilanz der rot-grünen Außenpolitik in der 15. Legislaturperiode, betitelt: „*Verschiebung des außenpolitischen Koordinatensystems*“, hält der Außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedbert Pflüger, der Regierung den Spiegel vor. Einige Auszüge:

*„Während kaum eine Gelegenheit ausgelassen wird, kritisch, mitunter hämisch mit dem moralischen Zeigefinger auf die US-Regierung zu weisen, kennt die rot-grüne Bundesregierung in ihrer Russland- und China-Politik keine Werteorientierung. [...] zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik [unterhält] ein deutscher Kanzler ein engeres Vertrauensverhältnis zum russischen als zum amerikanischen Präsidenten [...]. Gute Beziehungen zu den Führern Russlands liegen im deutschen Interesse. Das darf aber nicht dazu führen, die autokratischen Tendenzen in Russland mit Schweigen oder Augenzwinkern zu bedenken und zu den russischen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien zu schweigen. [...]*

*Bundesregierung und Opposition haben zu Recht Guantanamo und die Folter in amerikanischen Gefängnissen im Irak kritisiert. In den USA werden die damit zusammenhängenden Vorwürfe peinlich genau aufgearbeitet und abgestellt. In Russland dagegen gibt es kaum noch jemanden, der die Missstände dort kraftvoll anprangert, geschweige denn beseitigt. Aber genau diesen Unterschied zwischen Partner Russland und dem Wertepartner USA muss die Bundesregierung in ihrer Politik beachten. [...] Ohne Zweifel war und ist es die Pflicht eines Partners in der Atlantischen Allianz, die amerikanische Regierung auf folgenreiche Fehleinschätzungen, nicht zuletzt im Nachkriegs-Irak, hinzuweisen und auf Korrektur zu drängen. Es wäre möglich gewesen, vom Militärschlag im März 2003 abzuraten und deutsche Soldaten aus dem Irak herauszuhalten, ohne gleichzeitig mit Frankreich und Russland aktiv und öffentlich gegen die USA zu agitieren.“*

Pflügers Einwände sind berechtigt und notwendig. Warum schließt eine Regierung, gebildet aus Parteien, denen es doch stets lautstark um Moralität in der Politik ging, derart die Augen vor antidemokratischen Entwicklungen, Verstößen gegen grundlegende Bürgerrechte, täglichen, sich seit Jahren steigenden Menschenrechtsverletzungen, brutaler Repression in Teilen des russischen Herrschaftsbereichs? Das aus strategischen Gründen abhängig gehaltene Tschetschenien bietet mittlerweile ein einziges Bild der Zerstörung. Wie ist es möglich, dies zu übersehen? [Aufnahme der Frage am Beginn des nächsten Kapitels]

Nicht vergleichbar, sondern mit ganz anderen Bezugspunkten und auf ganz anderer Ebene drängen sich weitere Fragen an diese Regierung auf: Was ist so hinnehmbar am Dominanz- bzw. Hegemoniestreben Frankreichs in einem demokratischen Europa der jetzt 25 Staaten, deren große Vision und verbindende Idee es ist, eine Gemeinschaft auf der Basis von Gleichberechtigung zu sein? Und als Schlüsselfrage: Was ist so fortschrittlich daran, ein arbeitsfähiges Miteinander im westlichen Bündnis und transatlantischen Verhältnis zur Disposition zu stellen?

Zur ersteren Frage: Die ausfälligen Bemerkungen Chiracs, als Anfang Februar 2003 die zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten der Vilnius-Gruppe (damals noch im EU-Beitrittskandidaten-Status) den Schulterchluss mit der amerikanischen Irak-Position „begingen“, sind noch gut – aber nicht in guter – Erinnerung. Chirac ließ erbst wissen: Wer ohne vorherige Absprache mit den EU-Partnern auf die amerikanische Linie einschwenke, lege „*kein sehr verantwortliches Verhalten*“ an den Tag. Weiter ließ er sich über „*mangelnde Gewissenhaftigkeit*“ und sogar „*eine nicht sehr gute Erziehung*“ aus. Wenig rühmlich – wenn demokratische Tradition als Maßstab genommen wird – war insbesondere die Äußerung: „*Ich glaube, sie haben eine gute Gelegenheit versäumt zu schweigen.*“ [vgl. R. Vesper „Schützenhilfe für EU-Gegner“, in: FAZ, 21.2.03, Zeitgeschehen S. 12. „Chiracs Worte werden – Vesper zitiert aus der litauischen Tageszeitung ‚Lietuvos Rytas‘ – so verstanden, dass die Osteuropäer ‚stimmlose Vasallen von Paris und Berlin‘ werden sollten, ...“ Ein weiteres Verhalten Frankreichs sei zudem noch in frischer Erinnerung: „*In Warschau und Vilnius hat man nicht vergessen, dass Chirac während des Streits über den Transit zwischen Russland und der russischen Exklave Kaliningrad durch Polen und Litauen die russische Position unterstützt und damit elementaren Interessen dieser beiden Länder geschadet hat.*“ (ebd.)]

Die Äußerungen und Tonlage Chiracs bezeichnete Karl-Peter Schwarz seinerzeit in einem Kommentar der *Frankf. Allg. Ztg.* („*Wie Kredit verspielt wird*“, 24.2.93, S.1) zu Recht als „*imperial*“. [Anmerkung: Die Motivlage der osteuropäischen Länder *erscheint leicht nachvollziehbar*. Sie alle drängen in den Schutz der westlichen Allianz und westlichen Gemeinschaft. Glaubwürdige Garantiemacht ist für sie letztlich nur Amerika. Der Hintergrund einer – noch lebendigen – Erfahrung eines halben Jahrhunderts politischer Unfreiheit und (erzwungener) kultureller Isolation wirkt als schwere Hypothek in fast determinierender Weise nach. Wer könnte dies übersehen – oder nicht verstehen? Die Osteuropäer sagen nicht: „*Nie wieder Krieg!*“, sondern: „*Nie wieder politische und wirtschaftliche Unterjochung!*“ Beispiel: Die rumänische Zeitung *Ziarul de Iasi* (v. 26.2.03) analysiert Konturen einer neuen Ordnung, in der sich ein deutsch-französisches Kerneuropa als Gegengewicht zu Amerika russischer Unter-

stützung versichere. Die Ost- und Mitteleuropäer befänden sich in dem Dilemma, sich entweder für ihre Sicherheit zu entscheiden, die allein die Amerikaner geben könnten, oder die Protektion Russlands zu akzeptieren – „diesmal innerhalb der europäischen institutionellen Struktur“. (zit. n. FAZ, 1.3.03)]

#### 4.) **Rotgrüne Weitsicht oder Realitätsferne?**

Die Politik dieser Regierung ist Opfer ihrer Vorstellung geworden, Multipolarität auch ohne vorhandene Grundlage – kontrafaktisch – durchsetzen zu können. Man begibt sich in eine z.T. mutwillige Distanz und Dissonanz zur transatlantischen „unipolaren“ Vormacht USA, benötigt dann aber „Nähe“, Konsens oder Beistand von anderer Seite – und findet sich prompt in solchen „Beistandspakten“ wieder, z.B. Seite an Seite mit den „Achsenpartnern“ Russland und Frankreich, nunmehr genötigt, auch die problematischen und nicht tolerierbaren Aspekte in der Politik dieser Partner mit Schweigen oder Nachsicht zu übergehen. [Anmerk. 1]

Von Putin bis Gaddafi spannt sich der Bogen eines *mehr anbiedernd als staatsmännisch* wirkenden Bemühens des Kanzlers um eine Basis für seine Politik. Seine *zynische* Haltung zum Tschetschenien-Konflikt [s. Anmerk. 1] ist nur ein Beispiel für den Reflex, der aus der Suche nach Rückhalt erwächst. Auch die oben zitierte Äußerung im afghanischen Wahlkampf (eine peinliche und auch ganz unnötige Verletzung des selbstverständlichen Gebots der Neutralität) illustriert die Verlegenheit, in die sich der Bundeskanzler mit seiner Politik manövriert hat.

Diese Regierung und die sie tragenden Parteien sind eine Geisel ihrer Absetzbewegung aus dem bewährten Muster deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die sich zuvor „immer auf zwei Beine gestellt [hat], auf ein atlantisches und ein europäisches. Die Regierung Schröder hat offenkundig entschieden, das eine Bein wegzuhauen. Das ist neu. Ich hoffe nicht, dass es dabei bleibt,“ wie es Josef Nye (der die strategische Debatte in Amerika und Europa wesentlich mitgeprägt hat, zeitweilig auch der Clinton-Regierung angehörte) anschaulich ausdrückt. [zit. n. „Fragen an Josef Nye“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.4.03, Politik, S. 5; ergänzende Hinweise in: *Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?*, a.a.O. Teil 1, Juni 2004, Kapitel 6: „Mehr Analyse, weniger Ideologie“, letzter Abschnitt (S. 27/28)]

Deutlich war auch die seinerzeitige Kommentierung durch Lothar Rühl, vielleicht der kenntnisreichste und dabei detailgenaueste Analytiker deutscher außen- und sicherheitspolitischer Zusammenhänge, in seinem Beitrag: „Pfeile aus dem Köcher der Widersprüche. Die Selbstneutralisierung Europas und die Lähmung der atlantischen Allianz“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 20.3.03, abrufbar unter *NZZ-online*: [www.nzz.ch/dossiers/2002/irak/2003.03.20-al-article8QUZD.html](http://www.nzz.ch/dossiers/2002/irak/2003.03.20-al-article8QUZD.html). Rühl verweist auch darauf, dass – anders als beim jetzigen Fehlschlag – alle deutschen Vorgängerregierungen mit ihrer Praxis,

bei kontroversen Themen im vertraulichen Gespräch „auf Washington einzuwirken, [...] in schwierigen Lagen mehr oder weniger Erfolg hatten“. Dagegen eröffnete die Behandlungsweise des Irak-Themas durch die rotgrüne Regierung nicht einmal die *Chance* zum Einwirken! In der Anlage und im Ergebnis war es eine *proklamatorische Politik* und – wie es Rühl sagt – „ein Beispiel für einen ‚self-defeating purpose‘ (einen selbsterstörerischen Zweck) in der Politik“.

### • **Kein Zeichen strategischer politischer Kultur**

Das Abrücken dieser Regierung von der Linie einer kooperativen, vertrauensvollen transatlantischen Arbeitsbeziehung

- als ein Emanzipationserfordernis deutscher Außenpolitik und
- als ein Ergebnis strategischer politischer Kultur

zu interpretieren, wie es gern meinungsbildend dargestellt wird, gelingt vor allem denen, die es so auffassen *wollen*. Mit dem Abrücken von der Linie vertrauenswürdiger Zusammenarbeit war dem Anliegen einer kritischen Überprüfung der US-Strategie in Bezug auf den Irak – so nötig dies gewesen wäre – im Ergebnis nicht gedient. „*Deutschland hat sich in der Irak-Krise und darüber hinaus in der Nato politisch selbst neutralisiert durch die – seinerzeit vor allem innenpolitisch, aber auch ideologisch motivierte – frühzeitige Festlegung gegen die amerikanische Kriegsoption und [damit gegen] jede deutsche Mitwirkung [...] zwecks Entwaffnung des Iraks.*“ Rühl (ebd.).

Die „*frühzeitige Festlegung*“ (s.o.) brachte dringend benötigte Wählerstimmen. Als unerheblich wurde es dabei offenbar angesehen, dass die Schrödersche Festlegung eine offen erklärte einseitige Absage an die noch ausstehende Beschlussfassung im UN-Sicherheitsrat war. Der deutsche Wähler – wie die durch ihn gekürte Regierung – stellten also ein sonst gern als „*absolut verpflichtend*“ erklärtes Prinzip (nämlich die Einhaltung der Verfahrensregeln des Völkerrechts gemäß UN-Charta) in Bezug auf die Entscheidungsfindung im Irak-Konflikt als letztlich unmaßgeblich hin. Die unilateralistische Handlungsweise der Regierung Schröder macht(e) die UN-Position dieser Regierung nicht eben glaubwürdiger.

Der Impuls in der Bevölkerung, einen Krieg zu vermeiden, wurde vom Verfasser dieses Texts geteilt. Andererseits musste aber die Kriegsdrohung ernst gemeint sein, um Wirkung auf Saddam zu haben. Einen rationalen Ausweg gab es nur (im Sinne einer letzten, ungewissen Chance, Kriegshandlungen zu vermeiden oder Kriegsfolgen zu mildern), wenn Europa ebenfalls mit Nachdruck darauf gedrungen und dabei mitgewirkt hätte, verstärkte, effektive Kontrollen gegenüber dem Regime durchzusetzen. In der *Konsequenz* hätte sich dann im Verlauf der Zeit die Frage nach der Rolle bzw. dem Verbleib Saddams gestellt, d.h. ob dem Irak eine Zukunft ohne Saddam und dessen Söhne ermöglicht werden könnte. Greifbare, zügige Fortschritte bei der Kontrolle des Regimes, seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten, waren der einzige realistische Weg zur eventuellen Kriegsverhütung. Wie gering auch immer die Chance gewesen sein mag, es war angesichts der Entschlossenheit Washingtons, das vermutete Gefahrenpotenzial im Irak endgültig zu beseitigen und die zwölfjährige „Geduldsprobe“ mit dem Des-

poten zu beenden (erhebliche Ressourcen, ständige Beobachtung, wiederholte Interventionen waren notwendig gewesen) *die einzige verbliebene Chance*. Überdies hätte in jedem Fall im Blick auf die Planung und Bewältigung der Nachkriegssituation – damals ein Eventualfall – durch eine rechtzeitige Zusammenarbeit vermutlich mehr erreicht werden können.

Über die im Sinne der Kriegsverhütung und Nachkriegssituation kontraproduktive Wirkung der französischen Haltung im UN-Sicherheitsrat berichten (anhand aufschlussreicher zeitlicher Koinzidenzen) z.B. Peter Slevin / Dana Priest in: *Washington Post*, 24.7.03, „*Wolfowitz Concedes Iraq Errors*“, [s. Anhang 1 und: [www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A37468-2003Jul23.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A37468-2003Jul23.html) ]

## 5.) *Mit zwei Zungen ...*

**Tatsächlich kam es am 17.3.03 – nur drei Tage vor dem Einmarsch – zu einer gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union: „*Bagdad sollte sich keine Illusionen machen: Es muss sofort und vollständig abrüsten und kooperieren. Der Irak hat eine letzte Möglichkeit, diese Krise friedlich beizulegen. Das irakische Regime wird allein für die Folgen verantwortlich sein, wenn es fortführt, den Willen der internationalen Gemeinschaft zu ignorieren und diese letzte Chance nicht nutzt.*“**

Die Erklärung kam erst nach einer Vielzahl unkoordinierter und gegeneinander gerichteter Aktionen und nach einem längeren „Verhandlungspoker“ zustande. Eine gemeinsame Erklärung sollte unterstreichen, dass die Europäische Union inmitten der selbst geschaffenen Schwierigkeiten noch zu konstruktiver Aktion fähig war. Nur mit Mühe war schließlich ein Formulierungskompromiss erzielt worden. Als tragfähige Basis für ein gemeinsames Handeln, das dann auch Gewicht gehabt hätte, erwies sich dieser Kompromiss jedoch nicht. Schröder, als einer der Unterzeichner der Erklärung, relativierte sogleich ihren Aussagegehalt. Befragt zur oben zitierten Kompromissformel, ob die Bundesregierung damit nicht ihre bisherige Position aufgeben, argumentierte er, dass es sich hier um einen eher abstrakten Grundsatz handle und die Bundesregierung unverändert bei ihrem Nein zu einer militärischen Lösung bleibe.

Wenn Beschlüsse in dieser Haltung gefasst bzw. vertreten werden, verwundert das Lob aus Bagdad an die Bundesregierung nicht. Welche zusätzliche Motivation konnte sich bei Saddam einstellen, den Forderungen aus Washington auf der Basis der UN-Resolution 1441 (sowie der Vielzahl früherer UN-Resolutionen) *doch noch nachzukommen*? Mit definatorischer Beliebigkeit wird Europa sein Gewicht im politischen Kräftespiel nicht vergrößern können und somit auch nicht der friedenspolitischen Aufgabenstellung von Politik im wünschenswerten Maß entsprechen. Chancen für den Frieden könnten durch das Profilierungsbeharren der Bundesregierung *im Kontext ihrer Absetzbewegung von Washington* vertan worden sein – oder wurden zumindest nicht ausgelotet. [vgl. unter grundsätzlichen Gesichtspunkten Slevin/Priest, Anhang 1].

- ***Moral zeigt sich erst bei schwierigen Themen***

Wie es gelingen kann, dem Irak eine politische und wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen, bleibt vorerst eine offene Frage. Unter den Bedingungen des Saddam-Regimes gab es für das Land trotz des im Boden liegenden Reichtums weder wirtschaftlich noch politisch eine realistische Zukunftshoffnung. Durch die vollständige Kontrolle über Staat und Wirtschaft und die sozialen Verteilungsmechanismen war es der Führungs- und Funktionärsschicht möglich, das Land auszuplündern und einen gleichsam *neokolonialen* Zugriff auf die Gesellschaft zu organisieren. Eine ebenso schrankenlose wie allgegenwärtige Willkür demoralisierte die Bevölkerung und konnte jeden Widerstand ersticken. Wirtschaftlich oder sozial tragfähige Strukturen hätten sich unter diesen Bedingungen nicht bilden können. Die Ausbeutung und Verschleuderung der Ressourcen des Landes, die Drangsalierung der Bevölkerung und Zurschaustellung der Macht waren Aspekte desselben „*kolonisierenden*“ Vorgangs.

[Anmerkung zum Punkt „Ausbeutung“: Öl-Geschäfte, ohne jedoch die eigene Infrastruktur und petrochemische Industriebasis durch Re-Investition der Gewinne laufend und genügend auszubauen; Gewinnverwendung ganz überwiegend konsumtiv durch die „Staatsklasse“ im Rahmen der gesteuerten sozialen und politischen Verteilungsmechanismen; zum Punkt „Verschleuderung“: z.B. Waffenkäufe ungeheuren Ausmaßes, Beschaffung kostspieliger Nukleartechnologie mit (mehr als) fragwürdigem Nutzen, d.h. Devisentransfer ins Ausland, sprich: Abfluss bzw. Verschwendung irakischer Mittel, die zur Entwicklung des Landes unerlässlich (!) waren; zum Punkt „Zurschaustellung (unumschränkter) Macht“ siehe u.a. die zahllosen Palastbauten und sonstigen Extravaganzen Saddams; Insignien der Macht, die bevorzugt demonstriert wurden, waren natürlich auch die Waffenarsenale bzw. Waffen-defilees, also im Klartext, die irakische Bedrohungskapazität in Nah-/Mittelost; siehe Ausführungen in: *Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?*, Teil 2, hier Kapitel 2, „*Schutzfunktion der Souveränität*“, Unterabschnitt: „*Der Regime-Charakter*“, S. 14f (der Gesamttext ist abrufbar unter [http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage\\_Irak\\_Teil-2.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf)), in: Anlage 2]

Den Regime-Charakter in dieser Weise zu beschreiben bedeutet *nicht automatisch*, einem Regime-Change von außen durch militärische Intervention das Wort zu reden. Es bedeutet jedoch, über alle operativen und strategischen Möglichkeiten einer Änderung und Besserung der Situation (einschließlich der Kriegsoption) *abwägend nachzudenken* (oder nachdenken zu lassen, Stichwort: Richtlinienkompetenz der Politik). Die Regierung Schröder hat ein Nachdenken durch „*frühzeitige Festlegung*“ (vgl. Rühl, s.o.) unterbunden. Angesprochen auf das getrübe Verhältnis zum US-Präsidenten sagte Schröder: *"Das muss ich hinnehmen. Denn es hat mit den unterschiedlichen Auffassungen über die Sinnhaftigkeit des Irak-Krieges zu tun."* (*Spiegel online*, 1.10.04)

[ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,321145,00.html> ]

Schröder offerierte damit eine Antwort mit dürftigem Gehalt.

Er gab sie im Rahmen seiner öffentlichen Erklärungen zu den Wahlen und Ereignissen in Tschetschenien. Schröder hatte erklärt, dass Putins Kurs zu „*innerer und äußerer Sicherheit*“ führe und „*der*

*richtige Weg*“ sei. Der deutsche Bundeskanzler mochte keine noch so behutsame Einschränkung dieser Beurteilung zu den Verfehlungen der russischen Tschetschenienpolitik und der Abhaltung der gesteuerten Wahlen gelten lassen. Notwendige konstruktive Kritik an die Adresse des Partners im Osten hält der Bundeskanzler für den falschen Weg. Angeblich „*konstruktive*“ Kritik wird nur dem Wertepartner Amerika zuteil. Diese Kritik hätte allerdings nicht nur einen anderen Stil erfordert, sondern es hätte ihr vor allem zunächst eine *realistische strategische* Lagebeurteilung vorausgeschickt werden müssen. Dass nun z.B. bei Außenminister Fischer das Wort „*strategisch*“ eine zunehmend häufige Verwendung findet, wie Friedbert Pflüger in seiner „*Zwischenbilanz der rot-grünen Außenpolitik*“ (a.a.O.) anmerkt, scheint jedoch vor allem darauf hinzudeuten, dass es an *Strategie*, die diesen Namen verdient, also in einem *realistischen* (verantwortlichen) Sinne, bisher mangelt.

Die *Abkehr von einer vertrauensbasierten Zusammenarbeit mit dem transatlantischen Partner* als Folgeprodukt eines an *Multipolarität* orientierten Politikentwurfs (es geht sowohl dem Bundeskanzler wie dem Außenminister nicht um *Multilateralismus*, sondern *Multipolarität*, ohne allerdings die Mittel dafür zu haben oder bereit zu stellen) *beeinträchtigt erkennbar die Regierungsarbeit* im Bereich der Außenpolitik. Die – an den Beispielen erkennbare – mangelnde Nuancierung der eigenen Position stiftet Schaden. Einerseits in *Kritiklosigkeit* (siehe Tschetschenien), andererseits in *Fundamentalopposition* (siehe Irak) zu verfallen, zeugt nicht von einem analytischen Stil der Politik, ein Vorwurf, der aus dem Regierungslager oft und gern gegen die Entscheidungsverläufe in Washington vorgebracht wurde. Undifferenzierte Positionierungen werden die deutsche oder europäische Außen- und Sicherheitspolitik nicht befördern, sondern belasten.

## • **Schließen sich Politik und Wertebezug aus?**

„*Schröders Russland-Politik hat ein klares Ziel: Deutschland bezieht ein Drittel seines Erdgases aus Russland, der Anteil wird in den nächsten Jahren auf 40 Prozent wachsen,*“ analysiert D. Hülsmeier. (stern.de, 7.10.04, <http://www.stern.de/politik/deutschland/?id=530841&nv=pr&pr=1>) Dieses Motiv wird vom Kanzler auch selbst genannt und für das Marketing seiner Politik gegenüber den Wählern selbstbewusst eingesetzt.

Es sollte der Politik möglich sein, sich nicht nur *eindimensional* auszurichten, sondern den Vorteil zu maximieren, indem Ziele auf mehreren Ebenen verfolgt werden. Mit dieser Anmerkung wird nicht die Wahrnehmung nationaler Interessen durch die Politik kritisiert, sondern die Notwendigkeit angesprochen, eine *ausgewogene* Vorstellung zu entwickeln von den komplexen Interessen und wünschbaren Perspektiven für unser Land und seine europäischen, transatlantischen und globalen Beziehungen. Wer bewährte Politik-Koordinaten ablöst, einen „emanzipatorischen“ Prozess der deutschen Außenpolitik gestalten will und dabei nicht nur *eine Abhängigkeit gegen die nächste* eintauschen möchte, wer weitreichenden Neu-Entwürfen von Politik (etwa einer *multipolaren* Grundkonzeption) folgt, wird mit mehr Umsicht handeln müssen, als dies der rot-grünen Regierung seit dem Sommer 2002 nachgesagt werden kann. Ein Bemühen um gewisse „Reparaturen“ ist erkennbar, nicht aber um eine Korrektur des Ansatzes.

Ein tragfähiger Ansatz liegt in einem klaren Bekenntnis zur Werte- und Verantwortungsgemeinschaft pluralistisch und demokratisch verfasster Gesellschaften. Verantwortung zu übernehmen setzt Handlungsfähigkeiten voraus und den Willen, davon notfalls auch Gebrauch zu machen. Die *Europäische Sicherheitsstrategie* ist ein erster Schritt zur Definition und Darstellung gesamteuropäischer Mitverantwortung in der Welt. Die Mittel, um der Verantwortung in der jeweils erforderlichen Weise gerecht zu werden, (falls nötig durch „robustes Eingreifen“, wie es in dem Dokument z.Z. leider noch sehr *unbestimmt* heißt), müssen nun allerdings von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden. Eine treibende Rolle hat auch die Bundesrepublik dabei nicht übernommen. „Robustes Eingreifen“ bleibt vorerst und auf bislang nicht absehbare Zeit eine von vielen Worthülsen europäischer Politik. [Anhang 3]

## 6.) Bilanz rotgrüner Politik

Während einerseits der Eindruck entstehen kann, dass sich das Bemühen der deutschen Politik auf Förderung und Vertiefung der internationalen Beziehungen richtet (u.a. Zielsetzung eines Sitzes für Deutschland im UN-Sicherheitsrat, hierzu entfaltete Reisediplomatie, sonstige Anstrengungen etc.), wurden andererseits im direkteren internationalen Umfeld (gemeint: EU, westliches Bündnis, transatlantisches Verhältnis) gravierende Störungen in den Beziehungen verursacht: So löste die unilaterale, an einer nationalen Sichtweise orientierte deutsch-französische Handlungsweise ihrerseits nationale Reaktionen bei anderen EU-Mitgliedsstaaten und zehn damaligen EU-Beitrittskandidaten aus – und blockierte in der Folgezeit viele Teilprozesse des europäischen Einigungsprozesses. Die zeitweilig eingenommene deutsch-französisch-belgische Haltung innerhalb der Nato warf Fragen zum Nutzen und Fortbestand des Bündnisses auf. Die transatlantischen Beziehungen wurden sehr belastet und sind – man wird es wohl sagen müssen – dauerhaft „abgekühlt“. Zu erinnern ist auch an manche kläglichen Manöver der Achse Paris-Berlin im Nachgang zur Auseinandersetzung um den Irak-Einmarsch, wie etwa den sog. „Pralinengipfel“. [Anmerk. 2]

Die Bilanz rot-grüner Außen- und Sicherheitspolitik lautet demnach:

- In den relevanten Beziehungen löste sie *nachteilige* (z.T. anhaltend nachteilige) Effekte aus.
- In den nachrangigen Beziehungen (oder Bereichen wie der UN-Reform) kann weder von einer größeren Schadensbilanz noch einer Erfolgsbilanz gesprochen werden.

*Ausnahmen* sind hier *Afghanistan* und der *Balkan*, wo eher positiv Bilanz gezogen werden kann. Ist es ein Zufall, dass sich in diesen Fällen der deutsche Beitrag im Zusammenwirken mit den USA und im Rahmen der Nato-Strukturen vollzog?

Bei der Zielsetzung eines deutschen UN-Sitzes werden Aufwand und Ertrag kaum ins Gleichgewicht gebracht werden können. Das „Hochziehen“ des Themas durch den grünen Außenminister trägt deutliche Züge einer symbolischen Ersatzhandlung. [Anmerk. 3]

[Anmerkung: Das Wort „hochziehen“ wird hier in Anspielung auf einen ganz anderen Zusammenhang gebraucht. Außenminister Fischer wird im *Spiegel* mit den Worten zitiert: „*Du musst das hochziehen!*“ Gemeint war die eindeutige Absage an einen militärischen Einmarsch im Irak. Adressat war Regierungspartner Schröder. Es sei Fischer gewesen, der am 30.7.02 (also vor dem brüskierenden Verhalten Schröders auf dem Marktplatz in Goslar im August 2002) den noch „*zaudernden Kanzler dazu bewegte, die Irak-Frage als Wahlkampfmunition zu verwenden*“. (*Spiegel* 26/2002)]

Das Bemühen um Partner und Märkte, etwa Russland und China, ist gut, aber sollte die eigene Glaubwürdigkeit nicht beschädigen. Der Bundeskanzler ist an seine gern gebrauchte Standardantwort zu erinnern, dass man sich unter Freunden auch ein kritisches Wort erlauben kann. Unkritisches Verhalten in den Beziehungen zu einem bedeutenden Partnerland wie Russland darf ebensowenig den Stil deutscher Politik bezeichnen wie unproduktives Verhalten gegenüber dem transatlantischen Partner. Eine – wie im Falle Russlands – längerfristig angelegte Beziehung kann nicht ohne ein Arrangement auskommen, das klärende Worte auch an exponierter Stelle zulässt. Einer Abstimmung der Äußerungen zur Tschetschenienfrage, etwa zum Wahlverlauf, auf der EU-Ebene (oder OECD-Ebene) wurde keine erkennbare Bedeutung beigemessen. Schröders Handeln war jedenfalls davon offenbar nicht tangiert. Multilateralismus hätte es hier erleichtert, vorsichtige Worte der Kritik gegenüber Putin vorzubringen, ohne die *bi-nationalen* Beziehungen zu trüben.

### • **Ellenbogenpolitik**

Schröders oben angesprochene Stellungnahme verdeutlicht den Anspruch, Politik in eigener nationaler Entscheidungskompetenz zu formulieren. Die Alternative wäre gewesen, nach zwischenstaatlicher Abstimmung zu suchen. Die multilaterale Ebene lässt jedoch weniger Raum für den eigenen Politikmaßstab. Die eigene Position wird inzwischen von Schröder ähnlich „robust“ vertreten und vorgebracht, wie es von einigen anderen EU-Partnern bekannt ist [s.o.]. Allerdings unterscheidet er sich darin von seinen Vorgängern, die ein abwägenderes – equilibrirendes – Vorgehen vorzogen. Das Beispiel zeigt symptomatisch den *Stilwandel*, der sich unter den Mitgliedsländern ausbreitet, angeschoben auch durch die rotgrüne deutsche Regierung; plastischer ausgedrückt, die Ellenbogen werden ausgefahren! Zugrunde liegt eine Tendenz zur Re-Nationalisierung des Politikansatzes in den Einzelstaaten.

Der vergangene deutsche Stil war sicherlich sehr erfolgreich, doch hat man sich davon offenbar gelöst. Mit verursacht ist der Stilwandel auch durch die ideologisch-konzeptionellen Grundlagen dieser Regierung. Der Versuch, eine ideologisch begründete Politik (z.B. das „Kerneuropa“-Konzept sowie Schröders Unilateralismus in der Irak-Politik) innerhalb der Gemeinschaft durchzusetzen, trug zur Polarisierung und zum Rückbezug auf einzelstaatliche Positionen bei. Gruppenpositionen standen sich gegenüber, wie es zuvor kaum der Fall war. Der rüdere, neue Stil, der sich auch einstellte, weil versucht wurde, *Positionen, die nicht konsensfähig waren, dennoch durchzusetzen*, förderten den Re-Nationalisierungsimpuls in den Einzelländern, der wie folgt beschreibbar ist: Wo es durchsetzbar erscheint, entscheidet eine Regierung beziehungsweise ein Land kurzerhand für sich selbst.

Auf die Bundesrepublik bezogen, wird dieser „Impuls“ (sich verstärkt auf die eigenen Interessen zu beziehen) vor allem als Heraustreten aus sicherheitspolitischer „Vormundschaft“ (d.h. aus einer Art „Junior“-Rolle im Verhältnis zur Schutzmacht USA) gedeutet. Die Bundesrepublik habe sich – nolens volens – auch in ihrer Politik zu „emanzipieren“, so der Gedanke. Mittels positiv besetzter Begrifflichkeit („Emanzipation“/„selbständig werden“) droht nun alles zugedeckt zu werden, was im Regierungshandeln an Fehlern und Inkompetenz hervor tritt. Um es dem Leser zu verdeutlichen: Nach einem Regierungswechsel ist kaum zu erwarten, dass dann auftretende Fehler als Teil eines politischen Emanzipationsprozesses [!] interpretiert werden – schon gar nicht seitens einer rotgrünen Opposition!

Die vielfältigen innereuropäischen Schwierigkeiten und Streitigkeiten zeigen, dass die Emanzipation aus amerikanischer Prädominanz vielleicht gar nicht „das Thema“ ist, sondern die größeren Anforderungen an den Emanzipationsprozess sich durch Europas Mitgliedsstaaten selber stellen, die alle in einen härter werdenden Wettbewerb und Verteilungskampf eintreten und das eigene Interesse nicht weniger rücksichtslos vertreten werden, als es ihre Nachbarn innerhalb der Gemeinschaft tun. Der Politikstil kann somit von erheblicher Bedeutung sein. In diesem Sinne lieferten Berlin und Paris mit ihrer Absicht der Bildung eines „Kerneuropa“ und ihren dazu bestimmten Aktionen [vgl. Anmerk. 2], wie schon angesprochen, keinen Beitrag zur politischen Kultur.

Der Ausgangsgedanke, dass ein innerer Kreis von EU-Stammländern den Prozess vorantreiben und formen müsse, konnte allen übrigen Europäern nur ein Dorn im Auge sein. Es bedeutete ja, dass es „geachtete“ oder jedenfalls „beachtete“ Länder und solche mit geringerem Einfluss und entsprechend nachrangigem Status geben würde. Abstufungen innerhalb der Gemeinschaft durch eine „Kernmitgliedschaft“ und eine „sonstige“ Mitgliedschaft sind prädestiniert, Gegenwehr zu erzeugen, womit das Gegenteil dessen erreicht würde, was beabsichtigt war. Der Versuch der Umsetzung dieses Konzepts schlug gründlich fehl. Die Verfechter in Berlin und Paris und die hinterlassenen „Narben“ sind jedoch in den übrigen Hauptstädten nicht vergessen.

## • **Zusammenfassende Wertung**

Die These lautet, dass sich hinter einem „Vorhang internationaler Rhetorik“ eine an praktischen und nächstliegenden Interessen orientierte Re-Nationalisierung der Politik vollzieht. Der Politikansatz der rot-grünen Regierung, soweit er konzeptionell begründet war, z.B. mit weitgreifenden Vorstellungen über „Multipolarität“ und „Weltinnenpolitik“ [Anmerk. 3], hat den Konnex zur realen Welt nie hergestellt. Das operative Politikgeschehen war also, soweit es erfolgreich war, nicht theoriegeleitet. Wo es „begrifflich“ (durch illusionäre Denkansätze) gesteuert war, kollidierte es mit den Realitäten. „Simply disconnected!“ – Der Eindruck der Zusammenhanglosigkeit und Widersprüchlichkeit ergibt sich aus diesem Umstand. Eine verbesserte Analytik wird sich erst einstellen können, wenn die Rückbesinnung auf die beiden Grundkoordinaten aller vorherigen Regierungen gelingt, nämlich ein starkes und zugleich balanciertes Engagement für und in Europa sowie ein verlässlich konstruktives transatlantisches Verhältnis.

Nicht die UN sind der Ankerpunkt, nicht ein verschwommener Internationalismus, sondern der rationale Einsatz politischer Macht auf der Basis intakter Wirtschaftsräume und Militärbündnisse. Nur so kann fördernder Einfluss im eigenen Bereich und im internationalen Umfeld ausgeübt werden. Es bedarf dazu einer equilibristischen Politik in Europa und einer Ausbalancierung der Interessen im transatlantischen Verhältnis. Anspruchshaltungen und Leistungen müssen wieder im Verhältnis stehen. Die eigene Reformfähigkeit schafft erst die Basis für Autorität in den Außenbeziehungen. [Anhang 4]

Der Weg vom „Junior“-Partner Washingtons zum „Junior“-Partner der Mächtegarn-Hegemonialmacht Frankreich kann nicht schon als „emanzipatorisch“ gelten, ebensowenig die Orientierung vom „Musterschüler“ der westlichen Schutzmacht hin zu mustergültigem Verhalten aus Sicht des russischen Präsidenten. Das grundsätzlich richtige Bemühen um den russischen Partner muss auch ein Bemühen um Demokratie- und Föderalismuserfordernisse in Russland einschließen. So ist das eilfertige Verhalten Schröders kaum geeignet, als Richtschnur deutscher Außenpolitik zu dienen. Vielmehr zeigt sich im verkürzten Anspruch dieser Politik (es geht in seiner Politik um Sicherung des politischen Rückhalts und des Markt- und Ressourcenzugangs, nicht jedoch um qualitative politische Entwicklungen) eine „Banalisierung“ des Politikanspruchs dieser Regierung, die angetreten war, um Politik zu „gestalten“ und bei der es mehr um „Inhalte“ gehen sollte als bei der Vorgängerregierung – angeblich! Die Reduzierung der Anspruchshaltung vollzog sich so gründlich, dass nur noch *defensive* politische Interessen (Sicherung von Rückhalt) sowie ökonomisches Kalkül (Gasimporte etc.) [s. u.a. Zitat in Kap. 5] handlungsleitend sind, anders gesagt, der *Gestaltungsauftrag* von Politik (einem Land Führung zu geben) weicht den Maßgaben eines bloßen politischen Managements.

[Anmerkung: Das „politische Management“ war zudem, innen- wie außenpolitisch, über weite Strecken derart unprofessionell, dass kein Unternehmen, Konzern oder großer Mittelständler, bei vergleichbarer Leistung damit in einer „internationalen Liga“ hätte spielen können. Aber nicht der Vielzahl und Schwere der Fehler, sondern ihrer Zwangsläufigkeit aufgrund falscher Sichtweisen (unverständener Begrifflichkeiten) gilt hier vor allem der Hinweis. Es fehlt an der „Anstrengung des Begriffs“ (Hegel) im Sinne konzeptioneller und realistischer Ausrichtung. Vgl. Anmerk. 4]

Unnötig erzeugte „Betriebsstörungen“ in der Europäischen Gemeinschaft und der westlichen Bündnisstruktur, die beide doch gerade durch ihr „Funktionieren“ über das Wohlergehen der Bevölkerung, von der diese Regierung gewählt wurde, entscheiden, machen einen zu großen Teil der Regierungsbilanz aus. Ob Einsichten reifen, ist jedoch nicht klar. Ein Rückzug auf „nächstliegende nationale Interessenstandpunkte“, hier als „Re-Nationalisierung“ und „Banalisierung“ bezeichnet, scheint zur Richtschnur der Politik dieser Regierung geworden zu sein, womit allerdings weniger Schaden angerichtet wird als in der Phase 2002/03. Diese „emanzipatorische“ Phase brachte die stärksten und nachhaltigsten Rückschläge für die europäische Politik und die transatlantischen Beziehungen.

Die hier Kritisierten sollten sich in den Dienst wirklicher Emanzipations- und Reifeprozesse stellen, indem sie leichtfertig vertretene Glaubenssätze

- wie „Multipolarität“ [vgl. u.a. die prägnante Einschätzung Toni Blairs: *„You end up reawakening some of the problems that we had in the cold war with countries playing different centers of power off each other.“* Aufmacher der Titelseite der Financial Times vom 28.4.03: *„Blair warns Chirac on vision for new Europe. Post-Iraq conflict relationship with US must be resolved without reviving cold war difficulties.“*]
- und „Weltinnenpolitik“ [Anmerk. 3]
- sowie ein verabsolutiertes Konzept des politischen Dialogs als angeblicher Zauberformel für alles und jedes [vgl. Fallbeispiel: *„Friedrich Ebert Stiftung mit Orientierungsschwierigkeiten“*, 2004, [http://www.wadinet.de/news/dokus/Friedrich\\_Ebert\\_Stiftung\\_inkorrekt.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Friedrich_Ebert_Stiftung_inkorrekt.pdf) ]

neu überdenken – im Lichte eigener Erfahrungen und zum Vorteil für das Gemeinwesen, das sie politisch mitgestalten. Internationale Rhetorik und moralisierende Ansprüche gegenüber anderen Regierungen oder Akteuren sollten mindestens durch eigene überzeugende Regierungsarbeit unterlegt sein, was sie bisher nicht sind. [Auf einen früheren Beitrag im *„Gelben Briefdienst“*, Dorothee Werner-Mang, *„Die Arroganz der Ohnmacht“* (2002), soll abschließend hingewiesen werden, abrufbar unter [http://www.sicherung-des-friedens.de/archiv/beitraege/wernermang-arroganz\\_ohnmacht.pdf](http://www.sicherung-des-friedens.de/archiv/beitraege/wernermang-arroganz_ohnmacht.pdf) ]

## Anmerkungen:

[1] Hierzu als Beispiel die Haltung der Bundesregierung in der Tschetschenienfrage. Aus der – ganz überwiegend kritischen – Kommentierung zu dieser Haltung wird hier aus Stellungnahmen in: *Neue Zürcher Zeitung* und: *die tageszeitung* zitiert.

*NZZ Online*, 9.9.04: *„Nibelungentreue Schröders zu Putin. Kein Hauch von Kritik an Moskaus Tschetschenienpolitik“* (verf. Berlin 8.9.04),

<http://www.nzz.ch/2004/09/09/al/page-article9UG6R.html>

*„[...] ... Schröder hat sich in seiner Tschetschenienpolitik nahezu bedingungslos die Sichtweise des russischen Präsidenten Putin zu eigen gemacht. [...] Die Verantwortung des Kremls für die Kriege im Nordkaukasus und das Entstehen des tschetschenischen Terrorismus erwähnte Schröder nicht. [...] Anscheinend sieht der deutsche Kanzler im tschetschenischen Volk nicht länger das Opfer russischer Gewalt. [...] Schröders Ausführungen zeigen eine Akzentverschiebung in der deutschen Russlandpolitik. Bisher wurde das Thema Menschenrechte wenigstens erwähnt, ... [...] In jüngster Zeit scheint der Kreml für das Kanzleramt beinahe sakrosankt zu sein. [...] Oppositionsführerin Merkel [...] warf Schröder vor, bei der Bekämpfung des Terrorismus mit zweierlei Maß zu messen: Bei Streitfragen mit den USA etwa zum Irak betone der Bundeskanzler stets, dass unter Freunden Kritik möglich sein müsse. Zur russischen Tschetschenienpolitik hingegen finde er kein kritisches Wort. [...]“*

taz, 6.9.04: „Falsche Solidarität: Schröder will Putin nicht kritisieren“, Kommentar von Lukas Wallraff, Leitartikel in Teilaufgabe taz-Berlin, -Frankfurt, -Köln, -NRW, -Ruhr,

<http://www.taz.de/pt/2004/09/06/a0131.nf/text>

„[...] ... Schröders gespielte Zurückhaltung ist unverzeihlich. Zum einen ist sie der Versuch, sich aus der eigenen Verantwortung zu stehlen und zu übertünchen, dass er selbst, wie kaum ein anderer Politiker des so genannten Westens, zur Eskalation im Kaukasus beigetragen hat. Schröder hat Russlands Präsident Wladimir Putin nicht nur, wie fast alle westlichen Kollegen von Chirac bis Bush, freie Hand im Umgang mit dem tschetschenischen Widerstand gelassen. Er hat sich mit Putin demonstrativ verbrüder, offensichtlich manipulierte Wahlen legitimiert und den gemäßigten Kräften in Tschetschenien signalisiert, dass sie auf seine Unterstützung ganz gewiss nicht zählen können. [...] Wäre nicht spätestens jetzt, nach Beslan, die Zeit gekommen, diesen Kurs zu überdenken und andere Signale auszusenden? Offenbar nicht. Schröder zumindest sendet mit seiner Zurückhaltung nur ein Signal: Putin kann weitermachen, wie er will. Schröder gibt Putin Recht, dass man mit Menschen, die Kindern in den Rücken schießen, nicht verhandeln könne – und wirft damit, ebenso wie Putin, alle Tschetschenen in einen Topf. – Diese Haltung ist nicht nur gefährlich, weil sie den Konflikt im Kaukasus weiter zuspitzt. Für einen Kanzler, dessen Partei gerade erst als „Friedensmacht“ Wahlkampf geführt hat, ist sie beschämend.“

---

[2] Die nachträglichen Reaktionen der Regierungen im „Alten Europa“ (um hier nebst der „Achse“ Berlin-Paris die kleineren Partner Belgien und Luxemburg einzubeziehen) reichten von ‚hilflos‘ bis ‚hektisch‘ – hilflos, indem man z.B. die für den Wiederaufbau des Irak zwingend gebotene Aufhebung der Sanktionen zunächst an maximalistische Forderungen knüpfte, die, wie Resolution 1483 zeigt, nicht erfüllbar waren; hektisch, indem man z.B. den sog. Vierergipfel anberaumte, ein Treffen zum falschen Zeitpunkt, unter falschen Vorzeichen, in falscher (unzureichender) Besetzung sowie mit unverbindlich-unklarer Zielsetzung. Überwiegender Kommentar: „Eine diplomatische Meisterleistung wird man den Gipfel wohl kaum nennen können.“ (G. Hofmann, in: *Die Zeit*, 10.4.03, s.u.) Als Bezeichnung diente auch die Wortschöpfung „Pralinengipfel“. „Luxemburg, diese Weltmacht, ist noch als Vierter hinzugestoßen zu dem Treffen, bei dem am 29. April über eine europäische Verteidigungs-Union beraten werden soll. Und dafür wird die ‚Viererbände‘, Belgien als Einladender, Frankreich, Deutschland und das Miniland eben, auch tüchtig verhöhnt. Ach, Europa!“ (Gunter Hofmann: „Im Einklang mit dem Rest der Welt. Das alte Europa kann sein Denken besser exportieren als die USA – eine Herausforderung für Amerika“, in: *Die Zeit*, 10.4.03)

Wolfgang Schäuble z.B. verdeutlichte den Schaden für die europäische Politik u. die transatlantischen Beziehungen wie folgt: „Statt die Risse im Atlantischen Bündnis und innerhalb Europas zu kitten, wird mit diesem ‚Pralinengipfel‘ mutwillig Salz in die Wunden gestreut.“ In: *Welt am Sonntag*, „Ein peinlicher Pralinen-Gipfel“, 27.4.03.

[3] Joschka Fischer hat in den vergangenen Jahren – vor und nach dem Irak-Krieg – ein ums andere Mal mit der „These von der Weltinnenpolitik“ argumentiert, „die ich schon immer für richtig gehalten habe“. (J. Fischer im Interview mit Gunter Hofmann und Bernd Ulrich, in: „Europa ist eine echte Macht“, *Die Zeit*, 8.5.03, Politik, S. 3) Impliziert ist letztlich die Vorstellung einer Art „Weltregierung“. Auf dem langen Weg dorthin geht es Fischer nun um Fortschritte bei der UN-Reform, die seit Beginn der Diskussion vor einem bis 1 1/2 Jahrzehnten wenig voran gekommen ist. Ein Sitz für Deutschland wird ebenfalls beansprucht. Während zu Zeiten der Kanzlerschaft Helmut Kohls die Aussichten auf einen solchen auf mittlere Sicht real erschienen, ist angesichts der rotgrünen Regierungsperformanz nicht mehr mit einem Erfolg zu rechnen.

Man muss wohl offenbar daran erinnern: Wir werden so schnell nicht in einem gemeinsamen Weltstaat leben, nicht einmal innerhalb dieses Jahrhunderts. Die Befassung mit dieser Perspektive ist also nicht ganz so dringlich. Hr. Fischer mag die „These von der Weltinnenpolitik“ als visionär und zielführend einstufen, eine Verwirklichung – sollte sie je eintreten – ist jedoch so fern, dass diese These, diese Argumentationsfigur, eher als *apolitisch* zu bewerten ist.

---

[4] Eigene Stellungnahme anlässlich einer Diskussionsveranstaltung im Vorfeld des Irak-Kriegs, Thesenpapier vom Febr. 2002, betitelt: „Der Irak – ein ‚Ersatz‘-Thema für die Regierung Schröder“, Fritz W. Peter, Diskussionspunkte 5 und 6 des Thesenpapiers:

*„Hans Dietrich Genscher müht sich derzeit im TV-Talk (u.a. Sandra Maischberger, Gabi Bauer), den Stil zu verdeutlichen, wie es immer wieder möglich war, auch bei unterschiedlicher Sicht und Interessenlage zu gemeinsamer sachlicher Beratung im Bündnis zu finden. Man merkt augenblicklich den Unterschied in der Diktion, man spürt die Bereitschaft zu diplomatischer Rede und diplomatischer Handlungsweise. Für den Betrachter wird schnell erkennbar, wo der grundsätzliche Unterschied liegt: Genscher – im Gespann zunächst mit Helmut Schmidt, dann mit Helmut Kohl – besaß ein Konzept mit differenzierten, aber klar strukturierten Zielsetzungen, die behutsam, aber hartnäckig verfolgt wurden: Diplomatie als Geduldsspiel, mit dezidierter Ausrichtung am Inhalt, ohne aber das formale Prozedere dabei gering zu achten.*

*Das amateurhafte Verhalten der derzeitigen Regierung droht innerhalb von Monaten zu zerstören, was zuvor in Jahrzehnten von allen Vorgängerregierungen aufgerichtet wurde. Wer einwendet, dass der jetzige Streitpunkt gravierender sei als die Themen zu Zeiten Genschers, sollte innehalten: Damals standen mit den Fragen der Entspannungspolitik und Nachrüstung für die Welt noch weit existenzialere Themen auf der Tagesordnung. Diese Fragen und damit verknüpften Unterschiede und Gegensätze in der Auffassung konnten in politischer und diplomatischer Professionalität ... gelöst bzw. überwunden werden.“*

---

**Anhänge:**

> > >

## 1) Entscheidungsfindung:

Die Entscheidungsfindung innerhalb der amerikanischen Führung über das Vorgehen im Irak beruhte auf einem lang dauernden und prinzipiellen politisch-konzeptionellen Streit, bei dem sowohl fachliche Gesichtspunkte als auch Macht- und Interessenkämpfe zwischen politischen Gruppierungen innerhalb der Administration – mit Trennlinien insbes. zwischen dem Defense und State Department – bestimmend waren. Zwischen den widerstreitenden Auffassungen wurde ein erbitterter Kampf ausgefochten, der auch zur *Ausgrenzung der fachlichen Expertise der konkurrierenden Gruppierungen* führte. Das Problem lag in mangelnder Koordination der Arbeitsstäbe und Ressorts, nicht an mangelndem planerischen Ressourcenaufwand: *„The State Department and other agencies spent many months and millions of dollars drafting strategies on issues ranging from a postwar legal code to oil policy.“* *„The Pentagon planners showed little interest in State’s Future of Iraq project, a \$5 million effort begun in April 2002 to use Iraqi expatriates and outside experts to draft plans on everything from legal reform to oil policy. Wolfowitz [deputy secretary of defense, d. Verf.] created his own group of Iraqi advisors to cover some of the same ground.“* (Slevin / Priest, in: Washington Post, 24.7.03, *„Wolfowitz Concedes Iraq Errors“*; ca. 2500 Worte)

Wesentliche Planungsfehler, die die Zeit nach Saddams Sturz betrafen, hätten vermutlich durch bessere Zusammenarbeit innerhalb der Administration vermieden werden können, da richtige Denk- u. Planungsansätze vorhanden waren. Dass diese nicht genug verknüpft, d.h. durch Zusammenarbeit optimiert wurden, hing auch damit zusammen, dass über eine *Strategie des Regimewechsels im Irak* auf Seiten der US-Führung nicht offen nachgedacht werden konnte, um dem Widerstand von vielen Seiten nicht neue oder zusätzliche Nahrung zu geben: *„Through the fall [Herbst 2002, d. Verf.], there was no single coordinator for competing ideas: A proposal to set up a postwar planning office died because the administration feared that it would signal already skeptical U.N. Security Council members that Bush was determined to wage war. (...) It was not until January that Bush designated a coordinator to pull together the various plans. On January 20 – the day the French foreign minister announced that France would not support a U.N. resolution for war – Bush signed National Security Directive 24, giving postwar control of Iraq to the Pentagon, which had lobbied hard for the job.“* (ebd.)

**Ein konstruktiver Dialog war so nach innen wie nach außen erschwert.**

**Es wäre von Vorteil für eine möglichst sachliche (von Profilierungsabsichten freie) Behandlung aller Fragen im Zusammenhang der irakischen Nachkriegsordnung gewesen, wenn ein arbeitsfähiges diplomatisches Verhältnis der Regierungen in Paris und Berlin zur amerikanischen Regierung in der kritischen Phase zw. Sommer 2002 und Frühjahr/Sommer 2003 aufrecht erhalten worden wäre. Eine pragmatische Haltung (wie sie zum allseitigen Gewinn in der deutschen Politik der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eingenommen worden war) hätte graduell auf die Planung der Nachkriegsentwicklung Einfluss nehmen und den Sichtwinkel des State Department in manchen Fragen stützen können.**

### **1a) Plan of Attack:**

Im Blick auf die Entscheidungsverläufe im Vorfeld des Irak-Einmarsches ist das Buch des Journalisten Bob Woodward, „*Plan of Attack*“, sehr aufschlussreich. Fünf Abschnitte des Buchs wurden vorab in der *Washington Post* veröffentlicht, im Verlauf der Woche ab dem 19.4.04.

In deutscher Sprache: Bob Woodward, *Der Angriff. Plan of Attack*. Deutsche Verlagsanstalt/Spiegel-Buchverlag 2004. Das Buch schildert minutiös die Schlüsselszenen auf dem Weg in den Krieg.

Angaben zur Person: Bob Woodward, geboren 1943 in Geneva/Illinois, zählt zu den einflussreichsten investigativen Journalisten der Welt. 1974 deckten er und Carl Bernstein als Reporter der *Washington Post* den Watergate-Skandal auf. Heute ist Woodward leitender Redakteur dieser Zeitung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zur amerikanischen Innenpolitik, Auszeichnung mit dem Pulitzer-Preis.

## 2) Der Regime-Charakter

Der repressive Charakter des Saddam-/Baath-Regimes war an Beispielen aufgezeigt worden. Ein kennzeichnendes Merkmal war die besondere Willkür und Brutalität. Die Art, wie die Führung mit der Bevölkerung umging, z.B. während der UN-Sanktionen in den neunziger Jahren, macht auch klar, wie gleichgültig ihr die eigene Bevölkerung war. Nicht nur hatte das Regime diese Sanktionen durch Nichterfüllen der Auflagen unnötig provoziert, es hat auch die dann schwierige Versorgung der Bevölkerung mutwillig behindert und dadurch bleibende Gesundheitsschäden für hunderttausende Menschen oder deren Tod herbei geführt (vgl. Kap. 4, Abschnitt: UN-Berichte v.1995/99). Man schätzt, dass dies Verhalten wenigstens eine viertel Million junger Menschenleben gefordert hat (manche Schätzungen liegen sehr viel höher).

Bezeichnend für das Regimeverhalten ist auch die bereits angesprochene Vergeudung und Vernichtung menschlicher und wirtschaftlicher Ressourcen in den siebziger und achtziger Jahren. In den Neunzigern nahm die Führung durch ihre Politik in Kauf, dass die Wirtschaftskraft dieses an Ressourcen (einschließlich der menschlichen Ressourcen) reichen Landes immer mehr verfiel und vor dem Kollaps stand. Der Umgang mit dem Land und seinen Menschen weist nicht wenige Parallelen zu den Formen einer **rücksichtslosen Fremdherrschaft bzw. Kolonialherrschaft** auf. Wäre es verfehlt, das Saddam-/Baath-Regime als eine **neokoloniale Variante der Beherrschung des Landes** zu interpretieren?

Einige Aspekte:

- Nutznießer der Ressourcen des Landes waren vor allem die Oberschicht und das Ausland: z.B. wurden irakische Ölgewinne „von einer identischen Staats- und Wirtschaftselite direkt oder über den Umweg teurer Rüstungs- und Luxusimporte ins Ausland transferiert“ (siehe Th. Uwer, Th. von der Osten: „Suspendierte Befreiung. Ein Fall quasi-kolonialer Herrschaft: der Irak“, in: konkret 2/2003; s. auch Kap. 7, französisch-irakisches Atomgeschäft).
- Wirtschaftsbereiche, die nicht am Export orientiert sind, stagnierten folglich (vgl. Uwer/Osten, ebd.).
- Die regierende Schicht war für das Ausland in der Rolle eines Statthalters; sie war Geschäftspartner als auch Sicherheitsgarant für das Ausland bzw. dessen Geschäftsinteressen.
- Das Regime zeigte gegenüber der Bevölkerung eine völlig gleichgültige Haltung (als Ausdruck eines Beherrschungs- bzw. Unterwerfungsverhältnisses), bis hin zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung.
- Interesse für die Bevölkerung zeigte das Regime nur durch die vollständige Kontrolle, die es über sie ausüben wollte, u.a. durch massive Militärpräsenz mit überall kasernierten Einheiten – sie agierten im Irak Saddams „wie einst Kolonialtruppen aus massiven Festungen und Sicherheitszonen“ (vgl. Uwer/Osten, ebd.).
- Die Kernfunktion eines „Kolonialheers“ übernahm Saddams „Republikanische Garde“ (s. auch deren Wüten gegen die aufständischen Schiiten nach dem 2. Golfkrieg, z.T. vergleichbar den schlimmsten „Strafaktionen“, die von Kolonialheeren manchmal noch bis in die Schlussphase der Dekolonisierung in der Mitte des letzten Jahrhunderts ausgeführt wurden).

Auf einen weiteren – hintergründigen – Aspekt kann an dieser Stelle hingewiesen werden: „In Saddam Husseins militärischen Aggressionen wird deutlich, dass der maßgeblich im Irak entwickelte arabische Nationalismus [gemeint: der Panarabismus] nicht auf die Befreiung von Nationen, sondern umgekehrt auf die koloniale Rückeroberung der Region durch die Araber zielt.“ (vgl. Uwer/Osten, ebd.)

Der Irak entstand durch willkürlich gezogene Grenzen. Dieser Vorgang symbolisiert aber weniger das Zustandekommen eines Nationalstaats, sondern mehr das einer (artifizialen) territorialen Verwaltungseinheit. Die Führungsschicht des neuen Staats, eingesetzt von der britischen Kolonialmacht, wurde z.T. von außerhalb (arabische, osmanische Eliten) rekrutiert – wie auch die Inthronisierung des haschemitischen Königshauses zeigt. Die Phase der Regierung König Faisals (von 1921–33) markiert den ersten „Verwaltungsabschnitt“ des von England geschaffenen und dominierten Irak. Die einsetzende Nationalisierung und Politisierung war in den folgenden Jahrzehnten durch zahlreiche Machtwechsel (oft durch Putsch) gekennzeichnet. Mit dem Putsch der Baathisten 1968, die ihr Machtmonopol in Richtung einer „Staatsklasse“ ausbauten (eines der Anzeichen hierfür war die Institutionalisierung der Ernennung der Mitglieder der obersten Parteiführung zu Ministern und zu Mitgliedern des Revolutionären Kommandorates), etablierte sich eine Gruppierung, die sich sowohl als anti-bürgerlich wie als anti-kommunistisch verstand – mit einer radikal vertretenen panarabischen und insofern anti-nationalen Ideologie. Als ein weder rein nationalistisches noch kommunistisches Regime, mit anderen Worten, als ein Regime, das zwar auch Verstaatlichungen durchführte (z.B. im Jahr 1972 die Iraq Petroleum Co.), jedoch gleichzeitig die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland pragmatisch betrachtete und ausbauen wollte, präsentierte es sich für westliche Geschäftsinteressen als ein interessanter Partner.

**Die hier geäußerte Vermutung ist (formuliert in thesenhafter Verkürzung), dass sich die Gewaltbereitschaft, Grausamkeit und Achtlosigkeit des Saddam-/Baath-Regimes gegenüber dem Land und seiner Bevölkerung auch z.T. aus dem Umstand erklärt, dass es sich bei diesem Regime gleichsam um ein inneres Okkupationsregime handelte. Zugespitzt lässt sich möglicherweise von einer „Kolonisierung“ durch die „Staatsklasse“ sprechen. Die gegenwärtige Besatzung – vorgesehen bis 30.6.04 – bedeutet die Überwindung eines 35-jährigen Besatzungszustands, dessen Selbstbeendigung nicht (vielmehr dessen Fortführung durch Saddams Erben) vorgesehen war. Die Rückgewinnung seiner Eigenschaft als Völkerrechtssubjekt bedeutet für den Irak nun die Überwindung seiner Anomie. Nur eine völkerrechtliche Buchstabengelehrsamkeit wird am Verlauf der Ereignisse (der das Entstehen einer nunmehr schützenswerten Souveränität überhaupt erst ermöglichte) Anstoß nehmen.**

Einen Eindruck von der Geringschätzung der Ressourcen des irakischen Volkes durch Saddam und das Regime vermitteln auch die nachfolgend geschilderten Beispiele.

## 2a) Amputations-Stadt

Diese Bezeichnung hatte sich das Bagdad Saddams verdient. Opfer waren z.B. Geschäftsleute, die das Verbrechen begangen hatten, ihre Geschäfte in Dollar zu tätigen. Ihnen wurde die rechte Hand entfernt. In den neunziger Jahren, als Saddam sein Land endgültig ruinierte und jeder Perspektive beraubte, war ein entsprechendes Gesetz erlassen worden. Amnesty International schätzt, dass hunderte, möglicherweise tausende Urteile vollstreckt wurden. Saddam ließ sich die Hände zum Beweis bringen, wie etwa Farhad Taha, ein beteiligter Assistenzarzt, bezeugt hat. Die medizinischen Einrichtungen, an denen die Amputationen stattfanden, waren besonders in Bagdad angesiedelt. Selbstverständlich schrieb das Gesetz für unterschiedliche „Straftatbestände“ die Entfernung unterschiedlicher Gliedmaßen vor, Arme und Beine eingeschlossen.

Eine Gruppe von sieben betroffenen Kaufleuten, denen die Hand abgetrennt worden war, erhielt in den vergangenen Monaten von Ärzten in Amerika künstliche – „bionische“ – Hände, mit denen nach entsprechender Übung auch feinmotorische Bewegungen wie das Schreiben mit einem Stift ausgeführt werden können. Ihre Identität war durch den Journalisten Don North dank eines Zufalls und durch anschließende Recherchen aufgefunden worden. Saddams Geheimpolizei hatte Kopien von Videoaufnahmen der Amputationen in Auftrag gegeben. Der Beauftragte, Inhaber einer kleinen Produktionsanstalt, hatte eine zusätzliche Kopie gefertigt, die ihren Weg – neun Jahre nach der Amputation und der Aufzeichnung – zu North gefunden hatte.

Die Männer berichteten, dass ihre Verhandlung eine halbe Stunde gedauert habe. Einer der Verstümmelten, Basim Al Fadhly, erinnerte sich, nach Monaten im Abu Ghraib Gefängnis beinahe froh gewesen zu sein über die bevorstehende Amputation, weil er gehört hatte, dass er und die anderen anschließend freigelassen würden. *„Wir waren die Glücklichen! Andere blieben viel länger. Dreißigtausend wurden im Abu Ghraib gehängt.“* Auf die Folterungen unter der jetzigen amerikanischen Gefängnisaufsicht angesprochen, gab einer der Männer namens Salah Zinad dem amerikanischen Interviewpartner zur Antwort: *„Die Amerikaner, die dies gemacht haben, werden bestraft werden. Unter Saddam wurden solche Handlungen belohnt und belobigt. Iraker verstehen den Unterschied.“* (zit. n. Vince Bzdek, *„For Seven Iraqis, A Vital Part of Life Is Restored“*, in: *Washington Post*, 24.5.04, S. A01)

**Es kann nicht bezweifelt werden, dass das irakische Regime Krieg geführt hat gegen die Bevölkerung. Es war ein von oben, mit den Mitteln des Staates und mit größter Brutalität geführter Bürgerkrieg. Kann von einem Bürgerkrieg nur dann gesprochen werden, wenn Bürger z.B. in Straßenkämpfen nieder geschossen werden, oder auch, wenn sie im Vorgriff auf mögliche Gegenwehr allen Formen willkürlicher Schädigung bis hin zur Liquidierung ausgesetzt und dadurch nieder gehalten werden?**

**Fast reflexhaft jede äußere Einmischung mit dem rechtsdogmatischen Hinweis auf das Souveränitätsprinzip zu verweigern, wird einer schwierigen Wirklichkeit, die durch eine einzelne Formel nicht erfassbar ist, nicht gerecht. Wie segensreich es sein kann, wenn**

völkerrechtliche Grundsätze und konkurrierende Gesichtspunkte ausbalanciert werden, ist aus der Erfahrung im Kosovo noch in frischer Erinnerung. Je dogmatischer eine die Wirklichkeit reduzierende Formel angewandt wird, desto mehr entwertet (de-legitimiert) sich diese Formel. Die Bindungskraft des Völkerrechtsprinzips der Souveränität könnte mehr durch dessen sinnentleerende und sinnverkehrende Anwendung ausgehöhlt werden (z.B. Schutz eines Unrechtsregimes wie unter Saddam), als durch eine situationsgerechte Relativierung des Prinzips.

## **2b) Völkerrecht ...**

zu sichern, ist ein Grundanliegen der Vereinten Nationen, ihrer Aktivitäten und Statuten – jedoch nicht als abstrahiertes Prinzip, sondern in der Bezugnahme auf

- menschen- und bürgerrechtliche sowie
- allgemein gesellschafts- und entwicklungspolitische

Zielsetzungen.

Weiterentwicklung des Völkerrechts bedeutet, sich dieser Zielsetzung zu versichern, d.h. im Prozess der Weiterentwicklung des Rechts an inhaltlichen – zivilisatorischen – Positionen anzuknüpfen.

### 3) Europäische Sicherheitsstrategie

Die Irak-Erfahrung hatte die Europäer erst an den Punkt zu bringen vermocht, eine gemeinsame Sicherheitsstrategie zu formulieren. Im Mai 2003 gaben die Regierungschefs dazu den Auftrag. Javier Solana, der Beauftragte für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, legte im Juni seinen Entwurf vor, der nach eingehender Beratung in den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten im Dezember 2003 durch gemeinsamen Beschluss im Europäischen Rat angenommen wurde.

#### **Anmerkungen zur Europäischen Sicherheitsstrategie:**

Die *Europäische Sicherheitsstrategie – EUSS* – vom 12.12.03 ist überschrieben:

**„Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“**

Die *National Security Strategy – NSS* – (v. Sept. 2002) nennt als Ziel:

- in Kapitel 1:  
**„Das Ziel dieser Strategie ist es, die Welt nicht nur sicherer, sondern auch besser zu machen.“**
- in einem Vorwort des Präsidenten (George W. Bush) heißt es u.a. ergänzend:  
**„Wir sind getragen von der Überzeugung, dass keine Nation allein in der Lage ist, eine sicherere, bessere Welt zu bauen.“**

Die *Europäische Sicherheitsstrategie – EUSS* – schließt mit den Worten:

*„Dies ist eine Welt mit neuen Gefahren, aber auch neuen Chancen. Die Europäische Union hat das Potenzial, sowohl im Umgang mit den Bedrohungen wie beim Ergreifen der Chancen einen großen Beitrag zu leisten. Eine aktive und befähigte Europäische Union könnte auf globaler Ebene Einfluss nehmen.*

***Dadurch trüge sie zu einem wirkungsvollen multilateralen System bei, das zu einer faireren, sichereren und geeinigteren Welt führen würde.“***

(Hervorhebung durch den Verf.)

## **Zitate aus den anfänglichen Passagen der Europäischen Sicherheitsstrategie:**

Aus der Einleitung (der EUSS)

„(...) Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur. (...) Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen. (...)“

Aus Kapitel 1: „**Globale Herausforderungen**“

„Durch die zunehmende Öffnung der Grenzen seit dem Ende des Kalten Krieges ist ein Umfeld entstanden, in dem interne und externe Sicherheitsaspekte nicht mehr voneinander zu trennen sind. (...) Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung. Konflikte zerstören nicht nur Infrastrukturen (einschließlich der sozialen), sondern fördern auch Kriminalität, schrecken Investoren ab und verhindern ein normales Wirtschaftsleben. Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut. (...)“

Aus Kapitel 1, Unterabschnitt: „**Hauptbedrohungen**“

„**Terrorismus:** Terrorismus gefährdet Menschenleben, verursacht hohe Kosten, sucht die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaften zu untergraben und stellt eine zunehmende strategische Bedrohung für Gesamteuropa dar. Terroristische Bewegungen sind in wachsendem Maße gut ausgestattet, elektronisch vernetzt und gewillt, unbegrenzt Gewalt anzuwenden, um in großem Maßstab Menschen zu töten. (...) Europa ist sowohl Ziel als auch Stützpunkt dieses Terrorismus: Europäische Länder waren und sind Anschlagziele, (...) An einer konzertierten Aktion Europas führt kein Weg vorbei. Die **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – MVW** – stellt die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit dar. (... So) stehen wir am Anfang eines neuen und gefährlichen Zeitabschnitts, in dem es möglicherweise – insbesondere im Nahen Osten – zu einem MVW-Wettrüsten kommt. Fortschritte im Bereich der biologischen Wissenschaften können die Wirkung von biologischen Waffen in den kommenden Jahren verstärken; auch Anschläge mit chemischen Stoffen und radiologischem Material sind eine ernst zu nehmende Gefahr. Die Verbreitung von Raketentechnologie sorgt für zusätzliche Instabilität und könnte Europa zunehmender Gefahr aussetzen. Am erschreckendsten ist der Gedanke, dass terroristische Gruppierungen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen. Sollte dies eintreten, wäre eine kleine Gruppe in der Lage, einen Schaden anzurichten, der eine Größenordnung erreicht, die bislang nur für Staaten und Armeen vorstellbar war. (...)“

(usw.)

#### 4) Innere Reformfähigkeit zweifelhaft

Auszug aus: „Denkschrift. Naheliegende Einsichten und Fragen – Europa nach der Irak-Erfahrung“, Fritz W. Peter, Aug. 2003, Kap. 3 und 5:

(...)

##### **Europa – mit wirtschaftspolitischer Altlast**

Europa sieht sich als Erfolgsmodell – politisch als auch wirtschaftlich. In der Rückschau auf die letzten fünfzig Jahre besteht wenig Grund, daran zu deuteln. Wird der Blick nach vorn gerichtet, stellen sich aber kritische Fragen. Welche Schlüsselindustrien und Schlüsseltechnologien haben ihr Kraftzentrum in Europa – heute, in 10 und in 20 Jahren? Kurzum, welche Wachstumsindustrien und -bereiche werden hier basieren? Wird das Kapital künftig von anderen Regionen dieser Welt angezogen, in dynamische, ungesättigte, weniger reglementierte Märkte? Wird es, wie dies seit langem auch in Deutschland beklagt wird, einen schleichenden „brain drain“ bei Spitzenkräften, Spezialisten und dem ambitionierten Nachwuchs geben, d.h. wird Humankapital (z.B. Forschungs- und Managementpotenziale, der „Grundstoff“ der globalen Wissensgesellschaft) weiter abfließen? Attraktivere Konditionen und ein konstruktiveres wirtschaftspolitisches Umfeld als in vielen Ländern Europas könnten Anlass geben abzuwandern, auszulagern, geschäftliche Engagements und Partner außerhalb zu suchen.

Der Wirtschaftsmechanismus in zahlreichen Ländern Europas ist gekennzeichnet durch eine Überdehnung der Staatsfunktionen. Oft liegt ein Verständnis zugrunde, das die Initiative beim Staat sieht und einer vermeintlich staatlichen Kompetenzsphäre zu viele Aufgaben und Einzelaufgaben überantwortet – „zuschiebt“. Dem entspricht auf staatlicher und politischer Seite eine Bereitschaft, zu viele Aufgaben zu „usurpieren“. Die staatliche „Lastigkeit“ des Wirtschaftskreislaufs zieht fast zwangsläufig wirtschaftliche Entwicklungsschwäche nach sich, also die Tendenz oder Gefahr, im Wettbewerb der Volkswirtschaften auf die „Verliererstraße“ zu geraten. Die deutsche Volkswirtschaft, vor langer Zeit ein „Wirtschaftswunder“, erfährt diese Gesetzmäßigkeit nun schon seit Jahren. (Guinnessbuchreife) Überregulierung und Reformunfähigkeit, eine überhöhte Staatsquote und Abgabenlast sowie weitere Faktoren führen zu ständig schlechterer wirtschaftlicher Performanz und sinkenden internationalen Rating-Werten. Die Zeit des Zuwartens scheint nun endgültig abgelaufen zu sein.

In einer Anzahl europäischer Länder hat der „Sozialstaat“ eine wohlfahrtstaatliche Ausformung erhalten – mit einer ausufernden Sozialbürokratie, die ein Eigenleben entwickelt hat und an ihrem Fortbestand festzuhalten trachtet. Investive Aufgaben werden zugunsten konsumptiver Ausgaben der Sozialverwaltung zurück gedrängt. Der seine Bürger nicht nur sozialstaatlich schützende, sondern sie „sozialfürsorglich“ verwaltende Staat ist Bestandteil des Gesellschaftsbilds dieser Länder und Programmpunkt ihrer Regierungen. [24] Daraus folgt und spricht ein Mangel an notwendiger ökonomischer Grundorientierung.

[25]

Eine Wirtschaftspolitik, die unter dem Diktat der Sozialpolitik steht, ökonomische Logik aushebelt und das individuelle Leistungsprinzip zu sehr am Gedanken staatlichen Handelns und kollektiver Fürsorge relativiert, liefert keinen Beitrag zu einem wirtschaftlich dynamischen, ressourcenstarken, handlungsfähigen Europa, das seine Verantwortung und seine beanspruchte Rolle in der Welt wahrnehmen könnte; denn es dominiert bei diesem Grundverständnis von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Neigung, dynamische Faktoren durch staatlichen Eingriff „abfangen“ bzw. aushebeln zu wollen.

*Anders als nach den Prinzipien eines derartigen Handlungsmusters bestimmt im Leben Amerikas das wirtschaftliche Leistungsprinzip ungebremster und unverbrämter die gesellschafts-politischen Ordnungsvorstellungen. Für die Chancenverteilung im wirtschaftlichen Kräfteverhältnis liegen die Folgen auf der Hand. [26]*

Sozialverträglichkeits-Rhetorik muss nicht, aber kann einer der „Bremshebel“ sein; sie sollte sich daher stets zunächst der „Nachhaltigkeitsprüfung“ stellen. Denn warum sollen nur die Ergebnisse des *betrieblichen* Managements und nicht auch diejenigen des *politischen* Managements einem „Elch-Test“ unterzogen werden.

Alles hier Gesagte war auch schon in einem Bild zum Ausdruck gebracht worden, das *Ludwig Erhard* – besorgt um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – gebrauchte: Es komme zu „*immer höheren Staatsausgaben [als Folge des damaligen allgemeinen Booms]. Wir durchlaufen eine ballistische Kurve. Es führt uns hoch hinaus – bis wir durch unser Eigengewicht herunter gezogen werden.*“

## **Exkurs – zur Erinnerung an morgen**

Wieviel Staat ist zuträglich? Auch hier dürfte das Wort des *Paracelsus* über die Wirkung von Arzneien gelten: „*Alle ding sind gift und nichts on gift; alein die dosis macht das ein ding kein gift ist.*“ Zu viel Staat bedeutet in der Tendenz zu wenig Bürgergesellschaft, gebremste Selbstinitiative, gleichsam „vom Staat geliehene“ gesellschaftliche Identität, Vitalitätseinbußen. Die notwendigen Anpassungen an eine sich schnell verändernde Welt bedingen jedoch – wenn es eine nachhaltige, also stabile Entwicklung sein soll – ein *aktives*, d.h. von *Selbstinitiative* mit getragenes Verhalten aufseiten der Einzelnen in ihren Lebensbereichen.

Es entspricht doch lediglich nüchterner Sicht, wenn gesagt wird: Für das Land (den Kontinent) und seine Menschen geht es um die Bewältigung einer *offenen, beeinflussbaren und selbst mit zu verantwortenden Zukunft*. Dazu müssen staatlicherseits Voraussetzungen geschaffen, nicht jedoch Hindernisse aufgebaut werden (wie z.B. die nicht mehr zu schulternden Soziallasten oder ausufernden Vorschriftenwerke). An Beispielen und Belegen für zu viel Staat und zu viel Regulierung fehlt es nicht. Eine Abkehr von der bisherigen Praxis wird immer dringlicher. Die Wahlbürger scheinen das zu begreifen, die Politikverantwortlichen dagegen verharren oft noch; es fehlt weithin immer noch an der Einsicht oder aber an der notwendigen Konsequenz.

Der Mut zur Einsicht und zum Handeln wird nun aufgebracht werden müssen. Ihn zu finden fällt leichter, wenn man sich klar macht, dass bei Nichtüberwindung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformstaus in Deutschland (das hier stellvertretend auch für einige andere europäische Länder steht) das Regierungshandeln Gefahr läuft, eine unsachgemäße Profilierung in Ersatzhandlungen zu suchen. Der Irak-Konflikt bot entsprechenden Anschauungsunterricht: Aktiv wurde auf Wahlkampfveranstaltungen, statt auf diplomatischer Ebene agiert. (Schröder verwechselte bedenkenlos den Marktplatz in Goslar mit dem Kaminzimmer des Präsidenten im Weißen Haus sowie den Anlass einer Wahlveranstaltung mit der Notwendigkeit einer klugen diplomatischen D  marche unter Regierungsverantwortlichen beidseits des Atlantik.) Wir haben uns daran zu erinnern, dass deutsche Sonderwege stets aus einer Notlage heraus bzw. aus Mangel an Perspektive beschritten wurden. Es ist deshalb nicht nur aus Gründen wirtschaftlicher Prosperität, sondern auch unter dem Gesichtspunkt eigener Berechenbarkeit von gr  ter Bedeutung, dass eine (1.) konzeptioneller angelegte und (2.) konsequenter durchgeführte Politik zum Zug kommt.

*„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Brutto-sozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union – ob es einem gef  llt oder nicht – ein globaler Akteur; sie sollte daher bereit sein, einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu tragen.“* Mit dieser Mahnung eröffnet Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, den Text seines Entwurfs einer europäischen Sicherheitsstrategie. [40] Eine weitere, in Zahlen gefasste Aussage, die ein Nachdenken provozieren kann, soll hier hinzugefügt werden. *Franz-Jochen Schoeller*, früherer deutscher Botschafter in Polen, Frankreich und Brasilien und zuvor u.a. an den Botschaften in Rom, Madrid sowie Teheran tätig, äußerte sich in einer Korrespondenz zur Frage des Bedarfs an einer aktiver und breiter geführten strategischen Diskussion wie folgt: *„Wie notwendig diese Gedankenarbeit ist, wird transparent, wenn man davon ausgehen kann, dass die europäische Bevölkerung im Jahre 2030 nur noch 5% der Weltbevölkerung ausmacht. Gelingt es nicht, bis zu diesem Zeitpunkt die in leidvoller europäischer Geschichte gemachten Erfahrungen in globale Harmonisierungs- und Friedensbemühungen umzusetzen, kann man nur mit Sorge in die Zukunft blicken.“* [41]

---

### **[zugehörige Anmerkungen]**

**Anm. 24:** DIE ZEIT persifliert: *„Versuche, die Verteilungswirkungen des deutschen Sozialstaates zu ermitteln, sind bisher noch immer gescheitert. Zwei Bundestags-Enquete-Kommissionen gaben nach einigen Versuchen resigniert auf. Sicher ist immerhin, dass in großem Umfang die Mittelschicht Leistungen für die Mittelschicht bezahlt.“* In: *„Die Feigheit der Flickschuster“*, Elisabeth Niejahr, 15.5.03

**Anm. 25:** Mit berechtigter beißender Kritik verdeutlicht ZEIT-Herausgeber *Josef Joffe* die Blockaden im deutschen Wirtschaftssystem, u.a. in: *„Deutschland, einig Kl  ngelland“*, *Die Zeit* 11/2002, Teil 1 einer

Serie kritischer Beiträge zum Thema „Agenda Deutschland“. Keineswegs überspitzt erscheint auch sein folgendes bildhaftes Resümee: *„Endlos variiert lautet die Botschaft: Es geht eben nicht so weiter wie bisher. Dabei wussten und konnten es die Deutschen vor einem halben Jahrhundert viel besser. Da konnten sie sich mit fantastischem Wachstum brüsten, da haben sie in Windeseile ein zerstörtes Land wieder aufgebaut. Warum? Weil sie Glück im Unglück hatten. Weil nach zwei Weltkriegen und zwei Währungsreformen (1923 und 48) das unterste zu oberst gekehrt worden war, weil alte Besitzstände und Machtstrukturen umgepflügt worden waren. Der Boden bestand aus gelockertem Humus, nicht aus gegossenem Beton. Doch je reicher und erfolgreicher die Deutschen, desto zittriger klammerten sie sich an ihre Besitzstände, desto mehr riefen sie nach ‚Berechenbarkeit‘, staatlicher Fürsorge und kollektiver Absicherung.“*

**Anm. 26:** Die Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung haben bei der Aufzählung unveräußerlicher Menschenrechte auch das Streben nach Glück – *„pursuit of happiness“* – genannt. Dies muss kein Widerspruch zur Aussage sein, dass das Leistungsprinzip eine Richtschnur bildet, im Gegenteil, es kann eine Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels, individuell und gesellschaftlich, sein. Europäische Deklamationen von Verfassungsrang bekennen sich *nicht* in gleicher Klarheit zum Glücksstreben des Souveräns und einzelner Menschen. Das ausgeprägte Besitzstands- und Interessendenken in unserem Land, die international kürzeste Arbeits- und Lebensarbeitszeit, Reiselust, Heimwerkerei und anderes mehr – ebenso wie die Programmatiken von Parteien und Regierungen zur „Ausgestaltung des Sozialstaats“ und „Gegen Sozialabbau“ etc. – sind nichts weniger als der versteckte oder sichtbare Hinweis auf das Streben nach Glück. Vielleicht könnte ein offeneres Eingeständnis helfen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die zugrunde liegenden Programmatiken danach zu durchleuchten, ob sie geeignet sind, ihren Zweck – Glück zu ermöglichen – auch tatsächlich zu erfüllen.

(...)

**Anm. 40:** Entwurf v. Juni 2003, vom Europäischen Rat verabschiedete Fassung v. Dez. 2003

**Anm. 41:** private Korrespondenz

*Der Autor  
war viele Jahre  
im betrieblichen  
Management und  
seit mehr als einem  
Jahrzehnt als Berater  
und Trainer im Bereich  
von Wirtschaft, Politik  
und Bildung tätig.*